

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Christian Brinkmann, Wolfgang Klauder, Lutz Reyher,
Manfred Thon

Methodische und inhaltliche Aspekte der
Stillen Reserve

20. Jg./1987

4

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stiglitz

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB),
90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16,
E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0;
Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Methodische und inhaltliche Aspekte der Stillen Reserve

Christian Brinkmann, Wolfgang Klauder, Lutz Reyher, Manfred Thon*

Anders als die amtliche Statistik berechnet das IAB auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes ein *Erwerbspersonenpotential*, d. h. neben Erwerbstätigen und registrierten Arbeitslosen (Erwerbspersonen der amtlichen Statistik) wird in die Arbeitsmarktbilanz eine sog. *Stille Reserve* mit einbezogen. Das Erwerbspersonenpotential ist definiert als die Gesamtzahl der bei Hochkonjunktur am Arbeitsmarkt Arbeit nachfragenden Personen. Die Stille Reserve ist der Teil des Erwerbspersonenpotentials, der statistisch auf dem „offiziellen“ Arbeitsmarkt nicht erfaßt wird. Dabei läßt sich ein aktiver und ein passiver Teil der Stillen Reserve unterscheiden. Ferner ist gegebenenfalls nach der Fristigkeit der Verfügbarkeit bzw. Aktivierbarkeit der Stillen Reserve zu differenzieren, da bei schlechter Arbeitsmarktlage Erwerbspersonen z. B. vorzeitig auf Dauer aus dem Erwerbsleben ausscheiden und demzufolge auch bei einer schnellen Besserung der Arbeitsmarktlage erst bei den nachfolgenden Jahrgängen wieder mit einer höheren Erwerbsbeteiligung zu rechnen wäre.

Das Problem der *Quantifizierung* der Stillen Reserve geht das IAB primär mit Hilfe *regressionstechnischer Verfahren* und *ergänzend durch Befragungen* an. Zur besseren Strukturierung der Stillen Reserve wird arbeitsmarktbedingtes vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben in seiner quantitativen Bedeutung abgeschätzt.

Nach aktualisierter Berechnung gab es 1986 wie 1987 eine gesamte Stille Reserve in der *Größenordnung von 1,2 Millionen Personen*. Rund 30% davon lassen sich dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zurechnen.

Häufig wird vermutet, daß *Zugänge aus Nichterwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit* (nunmehr verstärkte) Zuflüsse aus der Stillen Reserve darstellen. Eine Reihe von Zusatzinformationen (vor allem aus den statistischen Bewegungsanalysen bei Arbeitslosen) zeigen indes, daß solche vereinfachende Interpretation nicht zulässig ist.

Ergänzend zur überwiegend regressionsanalytischen Berechnung der Stillen Reserve hat das IAB 1978, 1980 und 1986 *repräsentative Befragungen zu Erwerbswünschen und Erwerbsbeteiligung von Frauen* durchgeführt. Die Ergebnisse der 1986er Erhebung lassen erkennen, daß es neben den registrierten Arbeitslosen gut 700 000 deutsche Frauen gibt, die zumindest latent erwerbsbereit sind und sich in den letzten 12 Monaten auch überwiegend mehrmals (vergeblich) um Arbeit bemüht haben – mehr sogar, als für sie als Stille Reserve ausgewiesen wird. Hier spielt vor allem eine Rolle, daß Stille Reserve grundsätzlich der *Saldo* von Entmutigungs- und zusätzlichen Ermutigungseffekten ist.

Die Schätzung von Größenordnungen der Stillen Reserve ist auch das Ziel dreier Untersuchungen anderer Autoren, die in jüngster Zeit veröffentlicht wurden. Es sind dies von *M. Stobernack* vorgelegte Ergebnisse eines Befragungs-Panels, vom *Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz* angestellte statistische Berechnungen sowie von *R. Schmidt (IfW)* vorgenommene Schätzungen der „Meldequote“ von Arbeitslosen. Diese drei Arbeiten werden in ihren unterschiedlichen Ansätzen kurz vorgestellt und ihre Ergebnisse mit denen des IAB verglichen.

Gliederung

1. Umfang und Entwicklung der Stillen Reserve nach dem IAB-Konzept
 - 1.1 Konzept und Berechnungsverfahren
 - 1.2 Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben
 - 1.3 Interpretationsaspekte
 - 1.4 Aktualisierung der Ergebnisse
2. Weitere Datenquellen
 - 2.1 Zugänge aus Nichterwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit
 - 2.2 IAB-Befragungen zu Erwerbswünschen und Erwerbsbeteiligung von Frauen
3. Vorliegende externe Berechnungen der Stillen Reserve
 - 3.1 Zu *Michael Stobernack*, „Umfang und Struktur der Stillen Reserve auf dem Arbeitsmarkt“
 - 3.1.1 Schätzung der Stillen Reserve auf der Grundlage des „Sozio-ökonomischen Panels“
 - 3.1.2 Zur Kritik am IAB-Ansatz

- 3.2 Zur Studie des *Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz*, „Neue Chancen für die Stille Reserve“

- 3.2.1 Allgemeines
- 3.2.2 Zum methodischen Vorgehen dieser Studie
- 3.2.3 Interpretationsprobleme und Schlußfolgerungen
- 3.3 Zu *Rainer Schmidt*, „Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik“
 - 3.3.1 Ziel der Untersuchung
 - 3.3.2 Definitionen
 - 3.3.3 Prinzip der Vorgehensweise
 - 3.3.4 Ergebnisse
 - 3.3.5 Vergleich der Ergebnisse von Schmidt mit denen des IAB

4. Ausblick

Tabellenanhang

1. Umfang und Entwicklung der Stillen Reserve nach dem IAB-Konzept

1.1 Konzept und Berechnungsverfahren

Die amtliche Statistik weist als Maß für die Angebotsseite des Arbeitsmarktes die Zahl der Erwerbspersonen aus,

*) In Zusammenarbeit mit Hans-Uwe Bach (Abschnitt 2.1). Die Autoren sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren.

also der Erwerbstätigen und der registrierten Arbeitslosen (bzw. der Erwerbslosen im Mikrozensus). Das IAB hat dagegen seit seiner Gründung vor nunmehr 20 Jahren auf der Angebotsseite der Arbeitsmarktbilanz auf das Konzept des *Arbeitskräftepotentials* abgestellt. Es hat damit das Bild der Angebotsseite erweitert um Aspekte des Auf- und Abbaus von sog. *Stiller Reserve*.

Bei der Definition des Erwerbspersonenpotentials wird auf Hochkonjunkturlagen am Arbeitsmarkt Bezug genommen. Das Erwerbspersonenpotential ist demnach definiert als die Gesamtzahl der bei Hochkonjunktur am Arbeitsmarkt Arbeit nachfragenden Personen.

Liegt tatsächlich Hochkonjunktur am Arbeitsmarkt vor, so besteht das Erwerbspersonenpotential wesentlich aus Erwerbstätigen und – aus überwiegend friktionellen oder saisonellen Gründen – registrierten Arbeitslosen. Je mehr aber die effektive Beschäftigungslage von einer Hochkonjunkturlage abweicht, desto größer wird der Teil des Erwerbspersonenpotentials, der weder erwerbstätig noch arbeitslos gemeldet ist. Die Stille Reserve ist also der Teil des Erwerbspersonenpotentials, der statistisch auf dem „offiziellen“ Arbeitsmarkt nicht erfaßt wird.

Bei der Stillen Reserve läßt sich ein aktiver und ein passiver Teil unterscheiden. Zur *aktiven Stillen Reserve* zählen nichtbeschäftigte Personen, die Arbeit suchen, dabei aber das Arbeitsamt nicht einschalten (sie werden deshalb bei den amtlichen Erwerbspersonen nicht mitgezählt). Bei der *passiven Stillen Reserve* handelt es sich zum einen um Personen, die aktuell wegen mangelnden Angebots an Arbeitsplätzen keine Arbeit suchen, die allerdings bei verbesserter Arbeitsmarktlage je nach Konstellation erstmals oder wieder als Arbeitsinteressenten auftreten. Zum anderen gehören hierzu auch die Personenkreise, die aus Arbeitsmarktgründen vorzeitig auf Dauer aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind oder auf einen Eintritt gänzlich verzichtet haben. Diese Personen erscheinen zwar selbst nicht wieder auf dem Arbeitsmarkt, bei den nachrückenden Jahrgängen ist aber bei verbesserter Arbeitsmarktlage auch wieder mit einer höheren Erwerbsbeteiligung zu rechnen (siehe unten). Die statistische Trennung der Stillen Reserve in einen aktiven und einen passiven Teil ist allerdings problematisch (dazu in Teil 3.3); am ehesten kann sie bei Befragungsergebnissen vollzogen werden (dazu in Teil 2.2).

Der Übergang zu einer Potentialrechnung bedeutet nicht, das Potential als Normgröße für die Vollbeschäftigung zu betrachten. Der zusätzliche Ausweis einer Stillen Reserve ist eine statistische Erweiterung der Informationsbasis. Damit soll und kann keine quantitative Vorgabe im Hinblick auf das gesetzliche Ziel eines „hohen Beschäftigungsstandes“ (§ 1 AFG) erfolgen. Das Potential stellt für die Beschäftigung nur eine *Meßlatte* dar. Die effektive Beschäftigung und das Beschäftigungsziel können und müssen dann als *Auslastungsgrad* formuliert werden. Damit vollzog die Arbeitsmarktforschung nur nach, was beim Produktionsfaktor Sachkapital schon seit längerem selbstverständlich ist.

Vornehmlich drei Gründe waren maßgebend für diese Vervollständigung der Arbeitsmarktbilanz: ein analytischer, ein arbeitsmarktpolitischer und ein prognostischer Aspekt.¹⁾

Der *analytische* Aspekt des Potentialkonzepts besteht darin, daß sich mit einem Konto „Stille Reserve“ Bewegungen am Arbeitsmarkt beschreiben lassen, die ohne dieses Konto nur durch sprunghafte Änderungen der Erwerbsneigung erklärlich wären. Zu denken ist etwa an nicht demographisch bedingte – Veränderungen der Zahl der Erwerbstätigen, die sich nicht in entsprechenden Veränderungen der Zahl der Arbeitslosen niederschlagen. Auch bei Ausschaltung langfristig zu beobachtender Verhaltensänderungen ergeben sich in diesen Bewegungen Differenzen, die einer Erklärung bedürfen. Der Auf- und Abbau einer Stillen Reserve macht das konjunkturelle Auf und Ab am Arbeitsmarkt transparenter.

Die *arbeitsmarktpolitische* Bedeutung des Potentialkonzepts liegt darin, die Politik auf den Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktlage und effektivem Arbeitskräfteangebot hinzuweisen. Eine Politik zum Abbau der Arbeitslosigkeit erfordert auch die Berücksichtigung der Stillen Reserve, die bei besserer Arbeitsmarktlage ihren Status „Stille Reserve“ verläßt und aktiv am „offiziellen“ Arbeitsmarkt in Erscheinung tritt. Aus diesem Grunde müssen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ceteris paribus im langjährigen Durchschnitt etwa drei Arbeitsplätze entstehen, um die Zahl der Arbeitslosen um zwei zu verringern.

Der *prognostische* Aspekt besagt, daß ohne volle Quantifizierung der konjunkturell bedingten Veränderungen des Arbeitskräfteangebots prognostische Aussagen in unbestimmter Weise verzerrt sein können. Bei längerfristigen Projektionen eines Potentials als eines von Auslastungsschwankungen bereinigten Angebots brauchen außerdem die längerfristig nicht vorhersehbaren Konjunkturschwankungen ex definitione nicht berücksichtigt zu werden.

Wichtig am Konzept des IAB für das Erwerbspersonenpotential ist, daß dieses Potential in der Vergangenheit wenigstens zeitweise praktisch voll ausgeschöpft worden ist. Vernachlässigt wird die friktionelle und saisonelle Stille Reserve bei Hochkonjunktur. Prinzipiell nicht erfaßt wird demnach von der IAB-Definition das sog. „latente“ Potential, das erst nach grundlegenden Änderungen der Angebotsbedingungen (wie z. B. der Wirtschaftsstruktur oder des rechtlichen Rahmens des Arbeitsmarktes) als arbeitsmarktrelevant in Erscheinung tritt.^{1a)} Dies hat nicht nur Bedeutung hinsichtlich der Quantifizierungsversuche für das Potential, sondern auch inhaltlich für die (Re-)Aktivierbarkeit der Stillen Reserve und damit für die Arbeitsmarktpolitik, aber auch für die Einschätzung von Wirkungen beschäftigungspolitischer Maßnahmen auf die Arbeitslosigkeit, wo jede Beschäftigungsverbesserung u. a. infolge der Beweglichkeit („Atmen“) der Stillen Reserve sich nur abgeschwächt niederschlagen kann.

Der Aufbau einer Stillen Reserve kann sich in verschiedenen Formen bzw. an unterschiedlichen berufsbiographischen Schnittstellen vollziehen. Geht man die „Arbeitsmarktventile“, die sich bei unzureichendem Arbeitsplatzangebot öffnen, systematisch an, so kommt man zu folgenden Möglichkeiten:

- a) verlängerter Verbleib im Bildungssystem („Warteschleifen“),
- b) gänzlicher Verzicht auf einen Eintritt in Erwerbstätigkeit,

¹⁾ Vgl. dazu auch: Klauder, W., Arbeitskräfte-Potentialrechnung, in: Mer-tens, D. (Hrsg.), Konzepte der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB) 70, Nürnberg 1982, S. 99 ff.

^{1a)} Klauder, W., a.a.O., S. 103 f.

- c) Unterbrechung der Erwerbstätigkeit,
- d) Verlängerung einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit,
- e) früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben.

Wesentliche Bedingung für die Zurechnung zur Stillen Reserve ist dabei, daß die Veränderung im Erwerbsverhalten *durch die Arbeitsmarktlage* induziert ist. Dies bedeutet umgekehrt eine volle Reversibilität dieses veränderten Erwerbsverhaltens bei hinreichend verbesserter Arbeitsmarktlage.

Je nach Form der Stille-Reserve-Bildung ergeben sich jedoch *Abgrenzungsprobleme*. Sie hängen vor allem mit der Fristigkeit der Reversibilität zusammen. So mag ein Teil der Stillen Reserve praktisch sofort reaktivierbar sein, ein anderer Teil, etwa bei verlängertem Verbleib im Ausbildungssystem, erst nach einiger Zeit, etwa nach Abschluß des neuen Ausbildungsabschnittes. Schließlich muß ein Teil der Stillen Reserve *als Person* als nicht reaktivierbar angesehen werden. Dies gilt zumindest für einen Teil derjenigen Personen, die – aus Arbeitsmarktgründen – vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Auch bei einer schlagartigen Verbesserung der Arbeitsmarktlage wird zumindest ein Teil der vorzeitig aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen nicht mehr in die Erwerbstätigkeit zurückkehren. Man denke etwa an diejenigen Personen, die vom sog. Vorruhestand Gebrauch machen.

Unter *kurzfristigen* Gesichtspunkten wären solche Personen also der Stillen Reserve u.U. nicht mehr zuzurechnen. Bei einer (eingegengten) Fragestellung, die sich ausschließlich auf diejenigen Personen bezieht, die bei überraschender Hochkonjunktur sofort am Arbeitsmarkt in Erscheinung treten, müssen sie außer Betracht bleiben. Bei der – im IAB im Vordergrund stehenden – Fragestellung, die das Augenmerk auf alle Personen richtet, die aus Arbeitsmarktgründen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt wurden, und auf das Potential, mit dem maximal im Konjunkturverlauf zu rechnen wäre, gehören allerdings auch arbeitsmarktbedingte vorzeitige Abgänge aus dem Erwerbsleben zur Stillen Reserve. Denn unter mehrjährigen Aspekten ist die dadurch bewirkte Änderung der Erwerbsbeteiligung reversibel, also auch ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben als Stille-Reserve-Bildung zu betrachten. Denn bei verbesserter Arbeitsmarktlage werden nachfolgende *Kohorten* in diesen Altersgruppen – sei es aus eigenem Antrieb oder wegen Wegfall entsprechender Verrentungsmöglichkeiten oder sogar wegen gegenteiliger Marktanreize – nicht mehr im gleichen Alter wie die Vorgängerkohorten das Erwerbsleben aufgeben. Bei *mehrfähriger Betrachtung* muß also auch vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben als Bildung von Stiller Reserve behandelt werden, auch wenn die davon betroffenen Personen selbst unter keinen Umständen in das Erwerbsleben zurückkehren werden.²⁾

Kurzfristig ist nur eine Teilauflösung der Stillen Reserve wahrscheinlich, hier ist insbesondere an ihren aktiven Teil zu denken. Aber auch die Rückführung der registrierten Arbeitslosigkeit ist angesichts des Ausmaßes der gegenwärtigen Unterbeschäftigung nur über längere Fristen möglich. Dann aber ist eine volle Berücksichtigung der Stillen

Reserve unvermeidlich. Auch eine sinnvolle Arbeitsmarktpolitik kann nicht auf solch eine Mittelfristorientierung verzichten.

Quantifizierungsversuche für die Stille Reserve und für das Erwerbspersonenpotential hängen damit in Methode und Ergebnis auch von der Fristigkeit der Betrachtungsweise bzw. der damit verbundenen Fragestellung ab. Dies wird im nachfolgenden Kapitel am Beispiel des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben verdeutlicht. Auch bei den IAB-Befragungen zu Erwerbsbeteiligung und Erwerbswünschen von Frauen wird auf die unterschiedlichen Fristigkeiten der Verfügbarkeit explizit eingegangen. Die jüngsten Ergebnisse werden in einem nachfolgenden Kapitel dargestellt.

Die IAB-Potentialschätzungen für die Arbeitsmarktbilanz stehen konzeptionell bedingt in erster Linie unter einem längerfristigen Aspekt. Dies galt schon für eine erste Generation von Potentialschätzungen, bei welcher die sich zwischen Hochkonjunkturjahren ergebenden Änderungen der Verhaltenskomponente der globalen Erwerbsquote, also der um demographische und Sondereinflüsse bereinigten Quote, trendmäßig fortgeschrieben wurden. Dies gilt aber erst recht für die nachfolgende Generation von Schätzansätzen, die vornehmlich im Hinblick auf eine längerfristige Projektion des Erwerbspersonenpotentials erstellt wurden.

Dazu wurde auf Basis eines möglichst langen Beobachtungszeitraums versucht, langfristige Einflußfaktoren auf die Erwerbsbeteiligung von solchen der Arbeitsmarktlage auf regressionstechnischem Wege zu trennen und damit die Konjunkturabhängigkeit der Erwerbsquoten zu isolieren. Dies erfolgte in einer tief disaggregierten Form, nämlich für Deutsche nach 5-Jahres-Altersgruppen, nach Männern und Frauen getrennt, bei Frauen zusätzlich nach Familienstand gegliedert. Dabei wurde angestrebt, die langfristige Erwerbsquotenentwicklung möglichst durch „erklärende“ Variablen statt durch eine Trendvariable zu beschreiben, wenn diese wegen der statistischen Datenlage auch meist nur den Charakter von Indikatoren annehmen können. Solche erklärenden Variablen sind etwa die Teilzeitbeschäftigung, relative Geburtenziffern oder der relative Schulbesuch. Die Modellannahme einer fortdauernden Hochkonjunktur am Arbeitsmarkt wurde durch Einsetzen von Hochkonjunkturwerten der Arbeitsmarktindikatoren in die Regressionsgleichungen erfüllt. Für die Beschreibung der Arbeitsmarktsituation wurde eine ganze Reihe von Arbeitsmarktindikatoren getestet, da anzunehmen ist, daß einzelne Gruppen der Bevölkerung unterschiedlichen Teilarbeitsmärkten angehören. Doch auch hier sind die Möglichkeiten wegen der Datenlage sehr beschränkt, wenn das Erfordernis langer Zeitreihen besteht.³⁾

Die Neuschätzung des Erwerbspersonenpotentials unterscheidet sich von den ersten Quantifizierungsversuchen insbesondere durch eine zusätzliche, tiefe Strukturierung. Allerdings richtet sich diese in erster Linie nach den Erfordernissen einer langfristigen Potentialprojektion. Sie wird damit vor allem den Anforderungen an eine arbeitsmarkt- oder sozialpolitische Durchleuchtung der Stillen Reserve wenig gerecht.

Daher muß es das Bestreben des IAB sein, zusätzlich zu den bisherigen Ergebnissen Erkenntnisse über Merkmale der Stillen Reserve zu gewinnen. Neben den erwähnten Befragungsergebnissen können dazu sekundär-statistische Materialien dienen. Dies gilt insbesondere für das vorzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben.

²⁾ Brinkmann, Ch., L. Reyher, Erwerbspersonenpotential und Stille Reserve, in: MittAB 1/1985, S. 4 ff.

³⁾ Im einzelnen siehe dazu: Thon, M., Das Erwerbspersonenpotential in der Bundesrepublik Deutschland, BeitrAB 105, Nürnberg 1986.

1.2 Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben

Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben hat sich mit zunehmender Dauer der Arbeitsmarktkrise als ein Hauptventil zur Entlastung des Arbeitsmarktes entwickelt. Zum Teil hat der Gesetzgeber dazu schon vor langer Zeit Regelungen getroffen (vorzeitiges Altersruhegeld wegen Vollendung des 60. Lebensjahres und mindestens einjähriger Arbeitslosigkeit („59er-Regelung“)). Es wurde aber auch eine Reihe neuer Möglichkeiten geschaffen, so die Regelungen des Vorruhestandes und des § 105 c des AFG. Eine große Bedeutung kommt allerdings auch solchen gesetzlichen Regelungen zu, die ursprünglich ganz ohne Berücksichtigung ihrer Arbeitsmarktwirkung konzipiert worden sind. Hier soll davon zunächst die Entwicklung der *Früh-Renten wegen Erwerbsunfähigkeit* (EU-Renten) gesondert betrachtet werden. Nachdem Arbeitslose mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit (bzw. mit Behinderung), die nicht mehr vollschichtig arbeiten können, nach einjährigem erfolglosem Versuch des Arbeitsamtes, einen entsprechenden Teilzeitarbeitsplatz zu vermitteln, einen Anspruch auf Erwerbsunfähigkeitsrente erwerben, muß auch unter dem Kreis der Erwerbsunfähigkeitsrentner in gewissem Umfang Stille Reserve unterstellt werden. Denn bei guter Arbeitsmarktlage könnte und müßte ein Teil der Erwerbsunfähigkeitsrentner auf entsprechend zumutbare Arbeitsplätze verwiesen werden. Dies gilt für nachfolgende Kohorten (Jahrgänge), bei denen zum Zeitpunkt des Rentenfalles die Arbeitsmarktlage besser ist, aber im Prinzip auch für diejenigen Erwerbsunfähigkeitsrentner (als Person), deren Erwerbsunfähigkeit zumindest auch darauf beruht, daß kein entsprechender Arbeitsplatz zu erhalten ist. Solche Erwerbsunfähigkeitsrentner erhalten i. d. R. nur Zeitrenten.

Zur Quantifizierung dieses Personenkreises seien – ausgehend von der Gesamtzahl der Erwerbsunfähigkeits-Rentner- drei „Filter“ angesetzt. *Erstens* erfolgt eine Beschränkung auf die Altersgruppen von 55 bis 60 und von 60 bis 65 Jahren. Arbeitsmarktbedingte Rentenfälle jüngerer Personen sind relativ selten. Zum *zweiten* ist zu berücksichtigen,

daß – der ursprünglichen Absicht des Gesetzgebers entsprechend – Früh-Rente wegen Erwerbsunfähigkeit bei tatsächlicher Unmöglichkeit der Beteiligung am Erwerbsleben zu zahlen ist und sich dieses Ventil erst allmählich unter dem Druck schwieriger Arbeitsmarktverhältnisse als „Entlastungsweg“ geöffnet hat. Man hat also von einer durchschnittlichen, „normalen“ Quote von Erwerbsunfähigkeitsrentnern auszugehen (Rentneranteil an der entsprechenden Bevölkerung), die hier bis zum Jahre 1975 als gegeben angesehen wird. Nur Rentnerquoten, die über dieses Niveau hinausgehen, können Grundlage für Schätzungen der Stillen Reserve sein. Der *dritte* Filter besteht darin, sog. „latent Versicherte“ auszuschneiden, d. h. Personen, deren letzter Beitrag zur Rentenversicherung vor dem Kalenderjahr vor Rentenbewilligung liegt. Dieser Faktor ist insbesondere bei Frauen von Bedeutung, die häufig die erforderliche Wartezeit lange vor Rentenbeginn erfüllt haben. Es wird hier unterstellt, daß solche latent Versicherte zu Rentenbeginn nicht erwerbstätig waren und damit nicht als Stille Reserve in Frage kommen. Mit der Neuregelung der Rentenvoraussetzungen bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit zum 1.1. 1985 verliert dieser „Filter“ an Bedeutung, doch schlägt dies auf den Rentenbestand nur allmählich durch. Das folgende Tableau gibt am Beispiel des Jahres 1985 eine quantitative Vorstellung der Berechnungsweise.

Die aus dem Bestand an Erwerbsunfähigkeitsrentnern abgeschätzte Stille Reserve weist z. T. höhere Werte auf als die auf Basis der zuletzt veröffentlichten Berechnungen gewonnene. Die letztere wird damit also voll durch frühzeitige Verrentung erklärbar.

Im Durchschnitt wäre danach bei Männern wie bei Frauen im Alter von 55 bis 65 Jahren rd. ein Fünftel der Erwerbsunfähigkeitsrentner der Stillen Reserve zuzurechnen. Der Größenordnung nach entspricht dies einer Aussage der Rentenzugangstatistik, die im Durchschnitt der Jahre 1982-1985 (frühere Daten liegen nicht vor) für rd. 83% bei Männern und 78% bei Frauen Erwerbsunfähigkeit allein aus medizinischen Gründen ausweist, umgekehrt also für

Zur Abschätzung von Teilen der Stillen Reserve aus dem Bestand an Erwerbsunfähigkeitsrenten (EU-Renten) 1985 – in Tausend Personen bzw. in Prozent –

		Männer		Frauen	
		55 bis unter 60	60 bis unter 65	55 bis unter 60	60 bis unter 65
Bevölkerung (Jahresdurchschnitt 1985)	Tsd.	1724	1347	1890	2026
<i>EU-Renten:</i>					
Anteil an Bevölkerung 1. 1. 1985	%	12,4	24,6	10,0	24,2
Anteil an Bevölkerung 1. 1. 1975	%	8,1	17,4	4,2	9,3
Abweichung des Anteils 1985 gegenüber 1975	%-Punkte	4,3	7,2	5,8	14,9
Mehr 1985 gegenüber 1975	Tsd.	74	97	110	302
Nicht-latent-Versicherte	%	70	70	37	37
abgeleitete Teilgruppe der Stillen Reserve	Tsd.	52	68	40	112
in % der EU-Rentner	%	24,3	20,5	21,2	22,8
Zum Vergleich:					
Stille Reserve auf Basis der Neuberechnung 1960-1982 ¹⁾		<u>30</u>	200	<u>25</u>	<u>95</u>

(Nur die unterstrichenen, jeweils kleineren Werte gehen in die nachfolgenden Zusammenstellungen ein).

¹⁾ Vgl. Thon, M., a. a. O.; es handelt sich hier um eine Weiterführung dieser Schätzungen bis 1985.

Ein Teil dieser Stillen Reserve ist mangels Regressionsergebnissen auf ähnliche Weise wie hier beschrieben abgeleitet worden. Dies gilt für 60- bis 65jährige Männer und verwitwet/geschiedene Frauen sowie verheiratete Frauen im Alter von 55 bis 60 Jahren.

rd. 17% des Rentenzugangs bei Erwerbsunfähigkeit bei Männern und rd. 22% bei Frauen Arbeitsfähigkeit und Mangel an Arbeitsplätzen zeigt.

Eine ähnliche Bedeutung wie die Erwerbsunfähigkeitsrente hat das *vorzeitige Altersruhegeld wegen Vollendung des 60. Lebensjahres bei Arbeitslosigkeit* für die Stille Reserve. Erstaunlicherweise konnten die dafür notwendigen Voraussetzungen, insbesondere eine 52wöchige Arbeitslosigkeit in den letzten 1,5 Jahren, von vielen Personen auch in Jahren angespannter Beschäftigungslage erbracht werden. Daher ist auch bei dieser Rentenart zur Abschätzung des Stille-Reserve-Anteils wie bei der Erwerbsunfähigkeitsrente von einem Sockel auszugehen, der nicht durch die Arbeitsmarktlage bedingt ist. Dieser liegt, wenn ebenfalls auf die Zeit vor 1976 normiert wird, allerdings wesentlich niedriger als bei der Erwerbsunfähigkeitsrente. Ein Abschlag wegen eines Anteils von sog. latentversicherten Personen kommt bei dieser Rentenart nicht in Betracht. Wohl aber ist zu bedenken, daß die vorzeitige Altersrente wegen Arbeitslosigkeit nicht in ein „reguläres“ Altersruhegeld umgewandelt wird. Statistisch werden solche Rentner praktisch bis zum Tod als „Arbeitslosigkeitsrentner“ geführt. Bei guter Arbeitsmarktlage würden diese Rentner aber eine „normale“ Abgangsstruktur von über 60jährigen Erwerbstätigen in Altersruhegeld aufweisen. Für Männer würde dies einen etwas gleichgewichtigen Abgang mit 63 bzw. 65 Jahren bedeuten, im Durchschnitt also mit 64 Jahren, für Frauen einen durchschnittlichen Abgang aus Erwerbstätigkeit mit etwa unter 65 Jahren. Eine Verbuchung von Rentnern wegen Vollendung des 60. Lebensjahres und Arbeitslosigkeit als Stille Reserve muß daher auf die Dauer einer eventuellen Erwerbstätigkeit bzw. den normalen Zugang zu regulären Altersrenten durch einen Korrekturfaktor abgestimmt werden.

Ob und in welchem Umfang das *vorgezogene Altersruhegeld wegen Vollendung des 63. Lebensjahres* (flexible Altersgrenze) ebenfalls eine Bedeutung als „Abgangsentil“ bei schlechter Arbeitsmarktlage hat, ist schwer abzuschätzen. Da aber zu vermuten ist, daß einerseits bei schlechter Arbeitsmarktsituation auf für flexibles Altersruhegeld Berechtigte ein gewisser Druck zum Ausscheiden aus dem Erwerbsleben möglich ist, andererseits bei guter Arbeitsmarktlage (und in Zukunft rückläufigem Erwerbspersonenpotential) ein gewisser Anreiz zum längeren Verbleib im Arbeitsleben bestehen kann, setzt das IAB - gewissermaßen als Erinnerungsposten - jeweils 5% des Zugangs zur flexiblen Altersgrenze für zwei Jahre als Stille Reserve an. Quantitativ fällt dies allerdings nicht ins Gewicht.

Eine weitere Möglichkeit „vorgezogenen“ Ausstiegs aus dem Erwerbsleben hat der Gesetzgeber zum 1.1. 1986 mit dem § 105 c des AFG geschaffen. Für die Schätzung von Stiller Reserve ist von Bedeutung, daß damit Personen aus der Arbeitslosenstatistik genommen werden, die bei guter Arbeitsmarktlage ganz sicher dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden. Die Fälle des § 105 c AFG müssen also voll als Stille Reserve angesehen werden.

Als letzte - wenn auch nur vorübergehende - Möglichkeit vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben sei der sog. „*Vorruhestand*“ erwähnt. Auch diese Maßnahme ist explizit als Arbeitsmarkt-Ventil konzipiert und als solches

sogar in ihrer Gültigkeitsdauer eingeschränkt. Am Beispiel dieser Personengruppe wird die Problematik der Stillen Reserve unter Fristigkeit-Gesichtspunkten besonders deutlich. Langfristig betrachtet stellt diese Maßnahme ein ausgesprochenes Stille-Reserve-Ventil dar. Kurzfristig gesehen sind dagegen Personen, die einmal in den Vorruhestand getreten sind, als Person nicht mehr für den Arbeitsmarkt reaktivierbar. Man könnte allenfalls für nachrückende Jahrgänge - trotz bestehender rechtlicher Möglichkeiten - bei entsprechender Arbeitsmarktlage eine Unmöglichkeit der Inanspruchnahme postulieren. Bisher hat beim IAB die kurzfristige Betrachtungsweise überwogen, Personen des Vorruhestandes wurden nicht als Stille Reserve verbucht, sondern als Potentialabschlag ausgewiesen. Nunmehr soll der Maßnahmen-Charakter des Vorruhestandes im Vordergrund stehen. Vorruhestandler werden also als Teil der Stillen Reserve angesehen.

Die folgende Übersicht vergleicht am Beispiel des Jahres 1985 die quantitative Bedeutung der aufgeführten Möglichkeiten vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben. Bei Männern haben Erwerbsunfähigkeitsrenten und „59er-Regelung“ annähernd gleiches Gewicht, während der Vorruhestand nach dieser Stille-Reserve-Schätzung nur etwa zu einem Viertel zu Buche schlägt. Bei Frauen spielt Erwerbsunfähigkeit - trotz der restriktiven Berechnungsweise, insbesondere bezüglich der latent Versicherten - die ganz dominierende Rolle.

Teilgruppen der Stillen Reserve durch arbeitsmarktbedingtes Ausscheiden aus dem Erwerbsleben 1985 - in Tsd. Personen -

	Männer	Frauen
Erwerbsunfähigkeit aus Arbeitsmarktgründen	98	93
Vollendung des 60. Lebensjahres bei Arbeitslosigkeit	73	17
flexible Altersgrenze (höhere Inanspruchnahme)	5	
Vorruhestand	50	10
§ 105 c AFG ¹⁾	-	-
Insgesamt	226	120

¹⁾ erst ab 1986 wirksam

Vergleicht man die aus den dargestellten Überlegungen abgeleiteten Stille-Reserve-Werte mit den z. T. aus ähnlichen Berechnungsweisen und aus Regressionsrechnungen gewonnenen Zahlen in altersspezifischer Gliederung,^{3a)} so zeigen insbesondere in der Altersgruppe 55 bis unter 60 Jahre die aus der Rentenstatistik abgeleiteten Daten ein höheres Niveau als diejenigen auf Basis von Regressionsansätzen. Da aber die nunmehr angestellten Überlegungen nur dazu dienen sollen, eine besonders wichtige Teilgruppe der Stillen Reserve herauszugreifen, wurden für die folgende Zeitreihenübersicht die aus der Rentenstatistik abgeleiteten Daten nur dann in voller Höhe als Stille Reserve verwendet, wenn sie niedrigere Werte als die Regressionsrechnungen lieferten. Bei höherem Niveau erfolgte eine Beschränkung auf den Wert der vorliegenden Berechnungen mit Basis 1960-1982, der dann also in voller Höhe aus vorzeitigem Rentenzugang erklärbar ist. Nach diesem Vorgehen hat der Anteil der Stillen Reserve, der sich in Form vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben abschätzen läßt, seit 1979 ein Niveau von gut einem Fünftel an der gesamten Stillen Reserve erreicht, in den

^{3a)} Thon, M., a.a.O., Tabelle 5, S. 163 ff. (für 1970 bis 1982).

Stille Reserve in Form vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben im Vergleich mit der gesamten Stillen Reserve

Jahr	Stille Reserve insgesamt		Stille Reserve in Form arbeitsmarktbedingten vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben		Anteil (3) an (2)	
	Männer und Frauen	darunter Frauen	Männer und Frauen	darunter Frauen	Männer und Frauen	darunter bei Frauen
	Tsd. (2)	Tsd.	Tsd. (3)	Tsd.	% (4)	%
(1)	(2)		(3)		(4)	
1970	0	0	0	0	–	–
1971	28	22	0	0	0,0	0,0
1972	76	50	0	0	0,0	0,0
1973	90	61	0	0	0,0	0,0
1974	205	144	0	0	0,0	0,0
1975	425	281	11	0	2,6	0,0
1976	549	314	41	13	7,5	4,1
1977	607	336	71	23	11,7	6,8
1978	639	342	110	37	17,2	10,8
1979	634	331	141	48	22,2	14,5
1980	622	326	150	56	24,1	17,2
1981	748	413	173	72	23,1	17,4
1982	950	522	209	95	22,0	18,2
1983	1120	606	234	100	20,9	16,5
1984	1268	657	275	110	21,7	16,7
1985	1212	642	346	120	28,5	18,7
1986	1189	594	355	115	29,9	19,4

Jahren 1985 und 1986 mit fast 30% einen (vorläufigen) Höhepunkt. Eine Vorstellung vom quantitativen Einfluß des arbeitsmarktbedingten vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben auf die globale Arbeitsmarktbilanz gibt Schaubild 1 (Abschnitt 1.4).

1.3 Interpretationsaspekte

Zur Frage nach Existenz, Struktur und „Arbeitsmarktnähe“ der Stillen Reserve hat das IAB zuletzt in MittAB 1/1985⁴⁾ eine zusammenfassende Darstellung gegeben, die im wesentlichen weiterhin gelten kann, sieht man von den behandelten Überlegungen und aktuellen Entwicklungen ab.

Auf folgende Interpretationsaspekte ist besonders hinzuweisen:

- Nicht alle Angehörigen der Stillen Reserve sind bei der gegebenen ungünstigen Arbeitsmarktlage „aktiv“ auf Arbeitsuche, der Anteil der Aktiven wurde für 1984 auf größenordnungsmäßig 750 000 (von 1,3 Mio.) Personen geschätzt.⁵⁾ Dies ist vor allem auch für die Einordnung von Befragungsergebnissen von Bedeutung (vergleiche hierzu die Abschnitte 2.2 und 3.1). Nach dem IAB-Konzept gehören zur Stillen Reserve auch Personen, die bei ungünstiger Arbeitsmarktlage entmutigt die Arbeitsuche aufgeben, die aber bei besserer Arbeitsmarktlage wieder eine Arbeit aufnehmen würden.

- Die vom IAB berechnete Stille Reserve ist der *Saldo* von nicht registrierter Arbeitslosigkeit und Entmutigungseffekten einerseits und zusätzlichen Ermutigungseffekten, auch insofern ist zwischen Mikro- und Makroebene zu unterscheiden (vgl. Abschnitt 2.2).

⁴⁾ Brinkmann, Ch., L. Reyher, a.a.O.

⁵⁾ Brinkmann, Ch., L. Reyher, a.a.O., S. 10.

⁶⁾ Möglicherweise lassen sich hierfür auch Verlaufsdaten aus dem „sozio-ökonomischen Panel“ mitverwenden. Vgl. Abschnitt 3.1 und Stobernack, M., Hidden Unemployment, unveröffentl. Manuskript, Berlin 1987.

- Obwohl einzelne Teilgruppen der Stillen Reserve *sozialpolitisch* unterschiedlich zu bewerten sind, weil finanzielle Absicherung und psycho-soziale Verarbeitung je nach „Auffangbecken“ sehr unterschiedlich sein können, sind sie – zumindest in mehrjähriger Betrachtung – *arbeitsmarktpolitisch* gleichermaßen relevant. Dies gilt auch für die im vorausgegangenen Abschnitt dargestellten Teile der Stillen Reserve, die aus Arbeitsmarktgründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind.

- Die in den jährlichen Arbeitsmarktbilanzen erkennbaren Relationen zwischen den *Beständen* von Arbeitslosen und Stiller Reserve gelten nicht gleichermaßen für *Bestandsveränderungen* oder *Bewegungen*: Beim Aufbau der Stillen Reserve sind typische Zeitverzögerungen gegenüber dem Aufbau der Arbeitslosigkeit zu erkennen, analog gilt dies, mit größerer Unsicherheit auch im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung, für ihren Abbau. Aus den ausgewiesenen Bestandsveränderungen wiederum sind keinerlei Aussagen über Zugänge wie Abgänge („Ströme“) ableitbar. Bei jährlich rund 6 Mio. begonnenen Beschäftigungsverhältnissen münden – trotz nahezu unveränderter Arbeitslosenzahl – rund 2,5 Mio. Arbeitslose in Arbeit ein, d. h. auch: der Beschäftigungsaufschwung geht insoweit (trotz nahezu unveränderter Bestandszahlen) nicht an den Arbeitslosen vorbei.

Ströme aus der Stillen Reserve in die Erwerbstätigkeit oder in die registrierte Arbeitslosigkeit sind bislang nicht quantifizierbar (vergleiche auch Abschnitt 2.1). Von den verfügbaren statistischen Informationen her ist eine Untergliederung der Zuflüsse aus Nichterwerbstätigkeit in solche aus der Stillen Reserve und aus den „übrigen Nichterwerbspersonen“ (z. B. nach einer normalen Unterbrechung der Erwerbstätigkeit) bislang nicht möglich. Befragungsergebnisse, die nunmehr auch zur Dauer der bisherigen Arbeitsuche und einer vorherigen Meldung beim Arbeitsamt vorliegen (vgl. Abschnitt 2.2), und Modellrechnungen sollen hier in Zukunft weiterführen.⁶⁾

- Innerhalb der Stillen Reserve sind Strukturverschiebungen möglich und zum Teil belegt: weniger als früher enthält

sie (verheiratete) Frauen (vgl. Tabelle 2), der Anteil der Jüngeren („Warteschleifen im Bildungssystem“) wie auch der Älteren (s. o.) hat zugenommen. Dies hat auch Rückwirkungen auf die Frage der kurzfristigen Auflösbarkeit der Stillen Reserve. So werden Jugendliche in der Stillen Reserve sicher schnell sich bietende Chancen zum Berufseinstieg nützen. Eine relativ frühzeitige Auflösung dieses Teils der Stillen Reserve ist also zu erwarten. Empirische Informationen hierüber liegen allerdings nicht vor.

- Schließlich muß eine gewisse Unschärfe in der differenzierten Arbeitsmarktbilanz-Analyse stets in Kauf genommen werden, die aus Inkonsistenzen in den statistischen Ausgangsreihen resultiert. Vor einfachen Interpretationen kleinerer Änderungen im Saldengefüge muß daher grundsätzlich gewarnt werden. Es empfiehlt sich deshalb auch eine mehrjährige Betrachtungsweise, bei der statistische Ausreißer weniger ins Gewicht fallen.

1.4 Aktualisierung der Ergebnisse

Anknüpfend an die zuletzt in Heft 3/1987 der MittAB erschienene kurzfristige Arbeitsmarktbilanz-Analyse des IAB soll nun der jüngste Stand der Berechnungen zum Erwerbspersonenpotential und zur Stillen Reserve bis zum Jahr 1988

dargestellt werden. Die in den Tabellen 1 und 2 aufgeführten Ergebnisse für 1987 sind vorläufig, für 1988 entsprechen sie der mittleren Variante der vorliegenden Alternativrechnungen des IAB.

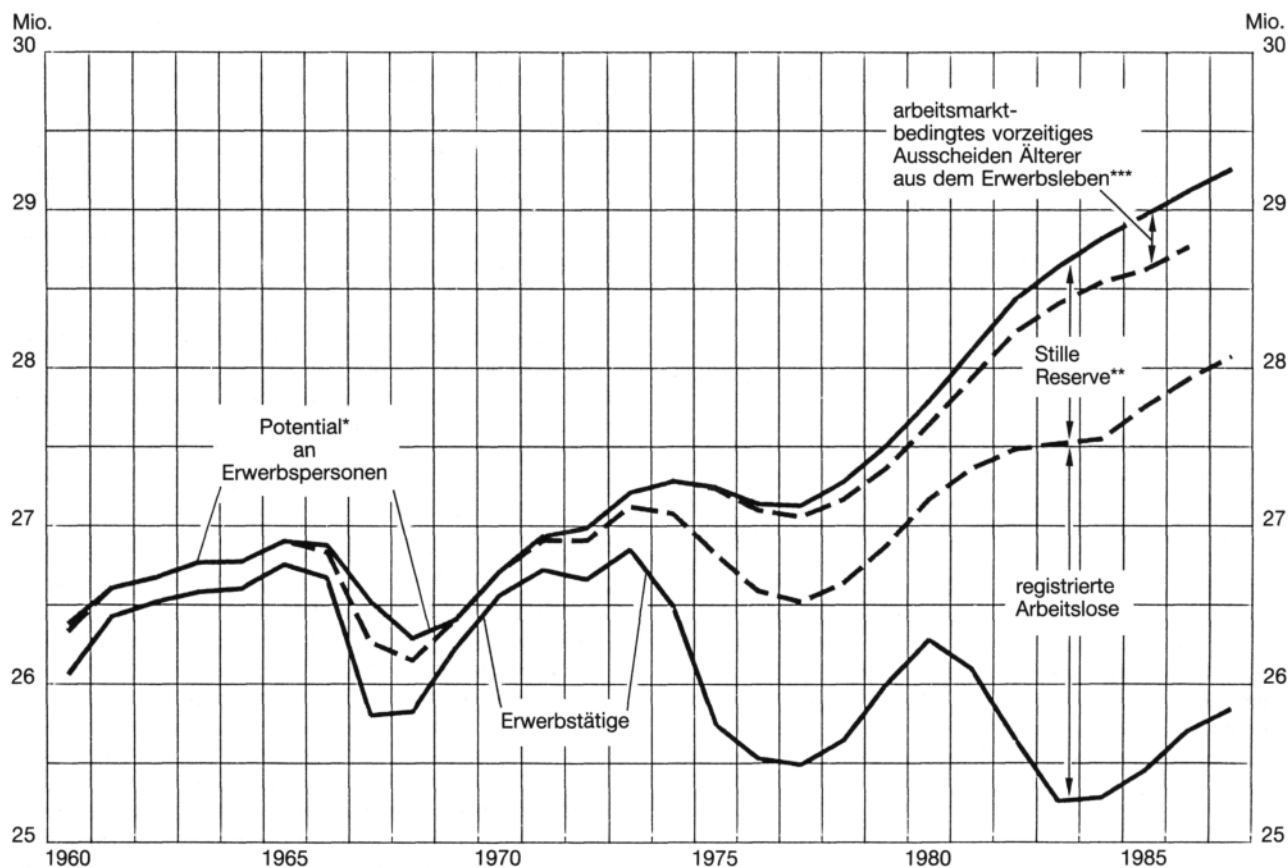
Gegenüber früheren Veröffentlichungen sind folgende Korrekturen und Ergänzungen vorgenommen worden:

1. Aus Konsistenzgründen wurde nunmehr der Entzugseffekt des *Vorruhestands* (ebenso wie die Wirkungen der „59er-Regelung“ und der Möglichkeiten nach § 105c AFG, vergleiche Abschnitt 1.2) als Teil der Stillen Reserve gesondert ausgewiesen. Bislang wurden die Effekte des Vorruhestands als Potentialabschläge behandelt (im Jahresdurchschnitt 1985: – 20 000 Personen, 1986: – 40 000 Personen).

2. Nunmehr wird die Expansion (zusätzliche Inanspruchnahme) von *Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung nach dem AFG* explizit als Potentialabschlag berücksichtigt. Hierzu folgende Erwägungen:

Grundsätzlich sind solche Maßnahmen als Teil der (das Potential beeinflussenden) Entwicklungen des Bildungssystems auch bisher schon, aber nur implizit aus dem Potential (Stützzeitraum bis 1982) herausgerechnet worden. Bis 1982 ist allerdings bei ihnen weder ein einheitlicher Trend

Schaubild 1: Arbeitsmarktbilanz 1960–1987, in Mio.



* Angebot an Erwerbspersonen bei ständiger Hochkonjunktur auf dem Arbeitsmarkt (= „konjunkturelles Potential“)

** Teil des nichtbeschäftigten Erwerbspersonenpotentials, der

a) ohne Einschaltung des Arbeitsamtes Arbeit sucht (aktive Stille Reserve) oder

b) aktuell keine Arbeit sucht, bei verbesserter Arbeitsmarktlage aber erstmals oder wieder als Arbeitsinteressent auftritt oder aus Arbeitsmarktgründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist (passive Stille Reserve, siehe auch Text)

(Makroökonomisch nur erfaßbar als Saldo aus „Entmutigung“ und „Ermutigung“ bzw. „Zusatzarbeitereffekt“)

Kurzfristig unmittelbar aktivierbar wären z. B. 1984 ca. 750 000 Personen gewesen (= rd. 60% bei einer Stillen Reserve von insg. rd. 1,27 Mio.)

*** Geschätzte Bestandsveränderung durch vorzeitiges Ausscheiden 55- bis 65jähriger aus dem Erwerbsleben (z. B. via Vorruhestand, 59er-Regelung). Der Umfang ist abhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage. Bei den nachfolgenden Jahrgängen wäre etwa im Falle einer Hochkonjunktur nicht mehr mit einem vorzeitigem Ausscheiden zu rechnen.

noch ein systematischer Zusammenhang mit der Arbeitsmarktsituation erkennbar. Der 1982 erreichte Stand von 120 000 Personen (Jahresdurchschnitt) entspricht dem von 1974/1975, zwischenzeitlicher Rückgang und Wiederanstieg folgten gesetzlichen Änderungen (vor allem Haushaltsstrukturgesetz 1975) und haushaltsmäßigen Vorgaben.

Geht man von dem 1982 erreichten „Sockel“ der jahresdurchschnittlichen Inanspruchnahme aus, bewegten sich die *zusätzlichen* Potentialeffekte in den Folgejahren im Bereich marginaler Größenordnungen (1983: + 5000, 1984: – 7000, 1985: – 6000 Personen), obwohl der Gesamteffekt eine beachtliche Arbeitsmarktentlastung darstellt.

Allerdings hat nun die längerfristig angelegte „Qualifizierungsoffensive“ im Jahre 1986 zu einem Anstieg der jahresdurchschnittlichen (Vollzeit-)Teilnehmerzahlen auf 154 000 geführt (einschließlich Maßnahmen nach § 41a AFG; Anstieg gegenüber dem Vorjahr + 20 000 Personen). Veränderungen seit 1982 werden nunmehr im Rahmen der jährlichen Arbeitsmarktbilanzen als Zu- und Abschläge gegenüber den längerfristigen Potentialvorschätzungen explizit berücksichtigt – ähnlich wie andere aktuelle Sonderentwicklungen.

3. Nach den vorliegenden Wanderungszahlen beträgt der *Wanderungssaldo der ausländischen Wohnbevölkerung* im Jahre 1986 insgesamt + 130 000 Personen, mehr als bislang angenommen. Daraus könnte auch ein (bislang nicht unterstellter) wanderungsbedingter zusätzlicher Potentialanstieg resultieren, der allerdings an dieser Stelle nicht quantifiziert werden soll. Immerhin deuten eine Reihe von Befunden darauf hin, daß in bisherigen Berechnungen das Erwerbspersonenpotential der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer unterschätzt wird.⁷⁾

Die aufgeführten Aktualisierungen haben die zuvor veröffentlichte „Salden“-Konstellation am Arbeitsmarkt insgesamt nur unwesentlich verändert. (Vgl. Tab. 1 und Schaubild 1, in das auch die Schätzwerte für das arbeitsmarktbedingte vorzeitige Ausscheiden Älterer als Teilgruppe der Stillen Reserve eingezeichnet sind.) Dies gilt insbesondere, wenn in mehrjähriger Perspektive die Aufschwungjahre 1984 bis 1987 und 1978 bis 1980 miteinander verglichen werden:

Auch damals hat – per Saldo – der starke Beschäftigungsanstieg (+ 790 000 Personen) wegen des gleichzeitigen kräftigen Potentialzuwachses (+ 660 000 Personen) nur zu einem vergleichsweise geringen Abbau der Zahl der Arbeitslosen geführt (– 140 000 Personen), die Stille Reserve hat sich in jenem Abschnitt kaum verändert. Nur unwesentlich anders ist die Situation gegenwärtig (1984 bis 1987): Bei nur leicht veränderter Arbeitslosenzahl und Stiller Reserve halten sich Potentialzuwachs und Beschäftigungssteigerung fast die Waage. Aus diesem Blickwinkel jedenfalls läßt sich keine ins Gewicht fallende Veränderung von Verhaltensweisen auf dem Arbeitsmarkt diagnostizieren.

2. Weitere Datenquellen

2.1 Zugänge aus Nichterwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit

Von 3,6 Mio. Zugängen an registrierten Arbeitslosen im Jahre 1986 waren 940 000 zuvor nicht erwerbstätig, immer-

hin 26% aller Zugänge, gegenüber 21% im Jahre 1982 (aber auch schon 24% im Jahre 1979, vgl. Tabellen 3a-d). Häufig wird vermutet, daß es sich hier um (verstärkte) Zuflüsse aus der Stillen Reserve handele, deren frühzeitige Auflösung dazu führe, daß trotz Anstiegs der Erwerbstätigenzahlen die Arbeitslosigkeit nicht oder nur geringfügig abgebaut werde. Die folgenden Zusatzinformationen (vor allem aus den statistischen Bewegungsanalysen im Mai/Juni, s. Tabellen 4a-b) zeigen indes, daß solche vereinfachende Interpretation nicht zulässig ist.

1. Die deutlichsten Anteilszuwächse hat es in den Jahren 1983 und 1984 gegeben, als die Erwerbstätigenzahlen noch stark rückläufig waren (1983) bzw. nur geringfügig anstiegen (1984). Seither haben sich Zugänge aus Nichterwerbstätigkeit anteilmäßig nur wenig erhöht, die absolute Zahl war 1986 leicht rückläufig. Eine besondere „Sogwirkung“ der aktuellen Erwerbstätigenentwicklung läßt sich insoweit nicht erkennen, wohl aber eine gewisse zyklische Komponente.

2. Rd. 220 000 Arbeitslose bzw. 6% der Zugänge kommen im Laufe des Jahres (laut monatlicher Aufgliederung) aus *schulischen Ausbildungsgängen* (1982: 5%). Darin enthalten sind auch Berufsanfänger ohne Ausbildung.

3. Nach der Strukturhebung im Mai/Juni 1986 kamen (wie auch im Jahresdurchschnitt 1986) 26% der Zugänge nicht aus der Erwerbstätigkeit: sie erfolgten nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von mindestens 6 Monaten (12%), nach einer schulischen Ausbildung (in diesem 14-Tage-Zeitraum 8%, im Jahresdurchschnitt 6%, s. o.) oder aus „sonstiger“ Nichterwerbstätigkeit (6%).

Darunter sind auch gut 4% Zugänge aus Fortbildung, Umschulung, Rehabilitations- und sonstigen BA-Maßnahmen (soweit diese nämlich nicht in Form von arbeits- oder betrieblichen Ausbildungsverhältnissen durchgeführt werden); überwiegend (3%) sind sie innerhalb der Kategorie „Zugang nach schulischer Ausbildung“ enthalten. Ihr Anteil hat in den letzten Jahren zugenommen.

4. Zusammenhänge mit der Stillen Reserve lassen sich am ehesten bei der Teilgruppe von Arbeitslosen vermuten, die (abgesehen von ehemaligen Maßnahmeteilnehmern) nach einer *mindestens 6monatigen Unterbrechung* der Erwerbstätigkeit arbeitslos wurden, das sind – auf das Jahr 1986 hochgerechnet – schätzungsweise gut 400 000 Zugänge in die Arbeitslosigkeit. Zu beachten ist aber:

- Über die Hälfte von ihnen sind *Männer*. Bei ihnen spielen gesundheitliche Einschränkungen eine überdurchschnittliche Rolle (24%, im Durchschnitt aller Zugänge 12%), d. h. häufig längere Krankheitszeiten, medizinische und berufliche Rehabilitationsmaßnahmen, Erwerbsunfähigkeitsrenten auf Zeit u. a. 15% der männlichen Unterbrecher sind Ausländer, bei denen auch längere Heimaturlaube bzw. Auslandsaufenthalte zu vermuten sind. Bei Deutschen wie bei Ausländern sind Arbeitslosmeldungen bei Strafvollzugsende, „normale“ Rückkehr ins Erwerbsleben nach Unterbrechung aus familiären Gründen und andere Konstellationen denkbar, die keinen Zusammenhang mit der Stillen Reserve aufweisen, allerdings: es kann sich durchaus *auch* um Zugänge aus der Stillen Reserve handeln.

- Auch bei weiblichen Unterbrechern sind gesundheitliche Einschränkungen (17%) und all die bei Männern aufgeführten Unterbrechungsgründe relevant; 11% von ihnen sind Ausländerinnen, die unter Umständen erst nach

⁷⁾ Bach, H.-U., Ch. Brinkmann, H. Kohler, Zur Arbeitsmarktsituation der Ausländer in der Bundesrepublik, in: MittAB 3/1987, S. 277 ff.

Erfüllung der Anwartschaftszeit eine Arbeitserlaubnis erteilt bekommen. Die *Vermutung*, daß ein (auch im Vergleich zu Männern) großer Teil von ihnen aus der Stillen Reserve komme, wird durch die verfügbaren Zahlen kaum gestützt: Bei Zugängen von Frauen in die Arbeitslosigkeit liegt der Anteil derer, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen haben, mit knapp 13% nur um r/2% -Punkte höher als bei Männern, zudem hat sich dieser Anteil seit 1983 kaum verändert. Mit den vorliegenden Daten ist allerdings wie bei Männern eine genaue Unterteilung in Zugänge aus der Stillen Reserve und aus der sonstigen Nichterwerbstätigkeit (u. a. nach „normaler“ Beendigung der familienbedingten Unterbrechung der Erwerbstätigkeit) nicht möglich.

5. Auch bei den *sonstigen Zugängen aus der Nichterwerbstätigkeit*, deren Anteil von 2% im Jahre 1982 auf 6% im Jahre 1986 angestiegen ist, wird es sich nur zum Teil um Zugänge aus der Stillen Reserve handeln. Bei Frauen liegt der Anteil an den Zugängen wiederum lediglich um 1%-Punkt höher als bei Männern. Auf das Jahr 1986 hochgerechnet handelt es sich insgesamt um gut 100 000 männliche und um knapp 100 000 weibliche Zugänge in die Arbeitslosigkeit. 15% dieser sonstigen Zugänge sind Ausländer, bei denen (mehr noch als bei Deutschen) u. a. Zuzüge aus dem Ausland möglich sind. Zum Teil sind in der Tat auch wiederholte An- und Abmeldungen in bzw. aus Arbeitslosigkeit (z. B. auch wegen Meldeversäumnis) möglich, d. h. auch kurzfristige Hin- und Herbewegungen zwischen registrierter Arbeitslosigkeit und Stiller Reserve (Unterbrechung der Arbeitslosigkeit von jedenfalls weniger als ½ Jahr). Aber auch krankheitsbedingte Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit von mehr als 6 Wochen (und weniger als ½ Jahr) führen statistisch zu einem Zugang in die Arbeitslosigkeit aus „sonstiger Nichterwerbstätigkeit“: Immerhin gab es 1986 insgesamt 125 000 Abgänge aus dem Leistungsbezug (Arbeitslosengeld/-hilfe) „wegen Ende der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle“, von denen allerdings ein Teil erst nach ½ Jahr oder gar nicht in die Arbeitslosigkeit zurückgekehrt sein dürfte.

Maßnahmeabsolventen, Zuzüge aus dem Ausland und krankheitsbedingte Unterbrechungen sind in der Summe zwar nicht quantifizierbar, zusammen aber ein starkes Indiz dafür, daß die „sonstigen“ Zugänge in die Arbeitslosigkeit nur zu einem Teil als Zustrom aus der Stillen Reserve interpretiert werden dürfen. Unterstellt man, daß der nach 1984 erkennbare Anteilszuwachs der „sonstigen“ Zugänge (+ 1,2%-Punkte) auf die sich bessernde Arbeitsmarktsituation zurückzuführen sei, ergäbe sich im Laufe des Jahres 1986 hieraus ein zusätzlicher Zustrom von 45 000 Personen in die Arbeitslosigkeit.

6. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß nach der Strukturerhebung vom September 1986 unter den *Beständen* von Arbeitslosen mehr „Unterbrecher“ (17%) ausgewiesen werden als unter den Zugängen, auch gab es – anders als bei den Zugängen – in den letzten Jahren deutliche Anteilszuwächse dieser Teilgruppe (1982: 12%). Hier schlagen sich offenbar überdurchschnittliche Wiedereingliederungsschwierigkeiten (z. B. bei Unterbrechern mit gesundheitlichen Einschränkungen) nieder, die zu einer überdurchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit führen; auch dies ist also kein Hinweis auf einen verstärkten Zustrom aus der Stillen Reserve in die registrierte Arbeitslosigkeit.

2.2 IAB-Befragungen zu Erwerbswünschen und Erwerbsbeteiligung von Frauen

Bei der gegenwärtigen und zumindest auf mittlere Sicht erwartbaren Arbeitsmarktsituation ergeben sich zwei grundsätzliche – miteinander zusammenhängende – methodische Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der überwiegend regressionsanalytischen Berechnung der Stillen Reserve:

1. Es fehlen aktuelle empirische Anhaltspunkte für das Arbeitsmarktverhalten bei Hochkonjunktur, da nur bei guter Arbeitsmarktlage (niedriger Arbeitslosigkeit) die Potentialerwerbsquote mit der effektiven gleichgesetzt werden kann.

2. Es gibt bei Fortschreibung bisheriger Trends der Erwerbsbeteiligung Interpretationsschwierigkeiten, weil eine länger anhaltende Arbeitsmarktschwäche auch zu einem langfristigen (nicht-reversiblen) Absinken der Erwerbsbeteiligung führen könnte, so daß statt Stiller Reserve also ein Trendbruch in den Erwerbsquoten zu unterstellen wäre.

In dieser Situation sind zur empirischen Fundierung von Berechnungen des Erwerbspersonenpotentials Informationen über die „Mikrostruktur“ des Arbeitsmarktes notwendig, d. h. über Veränderungen des Erwerbsverhaltens (in weitem Sinne, einschließlich institutioneller Einflüsse) und der Erwerbswünsche einzelner Bevölkerungsgruppen. Durch Befragungen können zumindest *Teilgruppen* der Stillen Reserve direkt erfaßt und kann u. U. ein Trendbruch im Erwerbsverhalten bzw. in der Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials signalisiert werden.

Auf diesem Hintergrund wurden vom IAB seit 1978 mehrere repräsentative Befragungen von erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Frauen durchgeführt (nur Deutsche im Alter von 15 bis 60 Jahren⁸⁾, die nicht in einer Schul- oder Berufsausbildung sind). Ziel dieser Untersuchungen ist es, Indikatoren zur Erfassung von Entmutigungseffekten zu entwickeln und – durch Wiederholungsbefragungen mit den gleichen Indikatoren in größeren Zeitabständen - Anhaltspunkte über Entwicklungstendenzen von Erwerbswünschen und Erwerbsbeteiligung zu erhalten. Dabei wurde zu Vergleichszwecken auch auf eine Reihe von Fragen aus der 1969 im Auftrag des IAB durchgeführten Erhebung von *Weltz* zurückgegriffen. Kernergebnisse aus den 1978 und 1980 durchgeführten Befragungen wurden bereits veröffentlicht.⁹⁾ Aus der im Herbst 1986 vom *EMNID-Institut* im Auftrag des IAB durchgeführten Befragung von 6000 erwerbstätigen und 3000 nichterwerbstätigen Frauen liegen erste Ergebnisse vor; sie werden im folgenden mit dargestellt.¹⁰⁾

⁸⁾ Die obere Altersgrenze wurde eingeführt, um Übergangsprobleme in den Ruhestand, die durch die Befragung nicht abgedeckt werden konnten, auszublenden.

⁹⁾ Brinkmann, Ch., Der Wunsch nach Teilzeitarbeit bei berufstätigen und nicht berufstätigen Frauen, in: MittAB 3/1979, S. 403 ff. Brinkmann, Ch., Erwerbsbeteiligung und Arbeitsmarktverhältnisse. Neue empirische Ergebnisse zur „Entmutigung“ und zusätzliche „Ermutigung“ von weiblichen Erwerbspersonen, in: Mertens, D., W. Klauder (Hrsg.), Probleme der Messung und Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotentials, BeitrAB 44, Nürnberg 1980, S. 120 ff. Brinkmann, Ch., Veränderung des Arbeitsvolumenangebots bei Realisierung von Arbeitszeitwünschen: Befragungsergebnisse und Modellrechnungen, in: Klauder, W., G. Kühlewind (Hrsg.), Probleme der Messung und Vorausschätzung des Frauenerwerbspotentials, BeitrAB 56, Nürnberg 1981, S. 147 ff.

¹⁰⁾ Vgl. auch Engelbrech, G., Erwerbsverhalten und Berufsverlauf von Frauen: Ergebnisse neuerer Untersuchungen im Überblick, in: MittAB 2/1987, S. 181 ff.

Allerdings kann über Befragungen immer nur *ein Teil* des Entmutigungseffektes erfaßt werden: Sinkt die Erwerbsbeteiligung, kann dies mit einem im Bewußtsein nicht mehr verankerten oder im Interview nicht mehr reproduzierbaren Verzicht bzw. einem Verdrängen vorhandener Erwerbswünsche verbunden sein (die bei verbesserter Arbeitsmarktlage – bei den gleichen Personen oder den nachrückenden Alterskohorten – wieder zutage treten).

Grundsätzlich ergibt sich die Stille Reserve *als Saldo* von nicht registrierter Arbeitslosigkeit und Entmutigungseffekten einerseits und zusätzlichen Ermutigungseffekten andererseits. Schlechte Arbeitsmarktverhältnisse (hohe Arbeitslosigkeit) können auch zu einer gewissen zusätzlichen (über das „normalerweise“ erwartbare Ausmaß hinausgehenden) Erwerbsbeteiligung führen, vor allem wegen eingetretener oder drohender Arbeitslosigkeit von Familienangehörigen oder der Befürchtung, nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit keinen neuen adäquaten Arbeitsplatz zu finden. Soweit auch ein Ermutigungseffekt auftritt, untertreibt die gegenwärtig ausgewiesene Stille Reserve den eigentlichen Entmutigungseffekt, d. h. auch: über Befragungen ermittelte Entmutigungseffekte können durchaus größer sein als die berechnete Stille Reserve.

Als direkte Anhaltspunkte zur Bestimmung von Entmutigungseffekten bzw. von Arbeitsmarktreserven wurden im Rahmen der IAB-Befragungen folgende Kriterien verwendet:

- Suchkriterien (nach eigenen Angaben Suche nach Arbeit, aber nicht beim Arbeitsamt gemeldet; in den letzten 12 Monaten erfolglos Arbeit gesucht)
- Arbeitsmarktbarrieren (kein Arbeitsplatz bzw. kein Teilzeitarbeitsplatz zu finden als Grund für Nichterwerbstätigkeit bzw. Hauptschwierigkeit bei Wiedereintritt ins Erwerbsleben)
- zeitliche Verfügbarkeit (in der Lage, nach einer kurzen Übergangszeit sofort, nach einem Jahr oder erst später eine Arbeit aufnehmen zu können oder zu wollen).

Hinzu kommt eine Reihe von indirekten Aufschlüssen über das Entstehen latenter Arbeitskräftereserven, so die Einschätzung, daß es „praktisch unmöglich“ sei, eine geeignete Stelle zu finden, oder daß man im Falle der Arbeitsuche (nicht) das Arbeitsamt einschalten würde.

Im Kern hatten die Untersuchungsergebnisse aus der *Repräsentativbefragung von 1978* erkennen lassen, daß unter den nichterwerbstätigen deutschen Frauen mindestens 350 000 latent erwerbsbereit und Teil des potentiellen Arbeitskräftebestandes sind, wenn Maßstäbe angelegt werden, die annäherungsweise denen entsprechen, die in den USA für die Abgrenzung von „discouraged workers“ gelten. Dieses Ergebnis paßte durchaus in den Rahmen der Potentialschätzung des IAB. Allerdings wurde bei der damaligen Veröffentlichung darauf hingewiesen, daß diese Befragungsergebnisse vor allem wegen der geringen Fallzahlen und der fehlenden Zeitreihe nur erste Anhaltspunkte geben könnten.

Die nun vorliegenden Ergebnisse aus der *1986er Befragung* sind nicht nur (wegen der höheren Fallzahlen) methodisch besser abgesichert, sie ermöglichen darüber hinaus den Vergleich mit der Situation Ende der 70er Jahre; die Befra-

gungsergebnisse von 1980 werden im wesentlichen (wegen der zeitlichen Nähe) zur Stützung der 78er Befunde herangezogen.

Im Herbst 1986 gaben 7% der befragten nicht erwerbstätigen deutschen Frauen (unter 60 Jahre, nicht in schulischer oder betrieblicher Ausbildung) an, zur Zeit eine Arbeit zu suchen, aber nicht beim Arbeitsamt gemeldet zu sein. Weitere 3% waren zwar nicht zur Zeit, aber in den letzten 12 Monaten (vergeblich) auf Arbeitsuche. Im Jahre 1978 entfielen auf diese Gruppen 3% bzw. 1% der Befragten, insgesamt also in diesem Zeitraum mehr als eine Verdoppelung.¹¹⁾ Nach diesen „Suchkriterien“ gibt es demnach hochgerechnet jetzt neben den registrierten Arbeitslosen etwa 720 000 deutsche Frauen, die zumindest latent erwerbsbereit sind und sich in den letzten 12 Monaten auch überwiegend mehrmals (vergeblich) um Arbeit bemüht haben.

Zahl der nicht arbeitslos gemeldeten Arbeitsuchenden und Anstieg seit 1978 gehen über das hinaus, was für die gleiche Gruppe¹²⁾ insgesamt als Stille Reserve berechnet wurde (1978 285 000 und 1986 rd. 450 000 Personen). Im Sinne der erwähnten Saldo-Vorstellungen deutet dies darauf hin, daß die hohe Dauerarbeitslosigkeit (nunmehr) auch in beachtlichem Umfang *zusätzlich* Teilgruppen der Bevölkerung in der Erwerbstätigkeit hält bzw. *zusätzlich* an den Arbeitsmarkt heranzuführt.

Immerhin haben 1986 knapp 2% der berufstätigen Frauen als *wichtigsten* Grund für ihre Erwerbsbeteiligung angegeben „Bei der gegenwärtigen hohen Arbeitslosigkeit kann man seinen Arbeitsplatz nicht aufgeben“. (In den Tätigkeitsbereichen mit geringen Qualifikationsanforderungen liegt dieser Anteil über dem Durchschnitt.) Hochgerechnet sind dies rd. 150 000 Frauen, die vielleicht als arbeitsmarktbedingte zusätzliche Erwerbstätige gelten können; der Saldo zwischen Ent- und Ermutigungseffekten beträgt demnach 570 000 Personen.

Die Ergebnisse sind zum anderen auch Indiz dafür, daß im Rahmen der Potential-Vorausschätzung des IAB die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen eher (zu) zurückhaltend eingeschätzt wurde.

Drei Viertel der befragungsmäßig erfaßten „entmutigten Erwerbspersonen“ sind verheiratet, fast 70% haben einen erwerbstätigen Partner, in gut 60% der Fälle leben Kinder im Haushalt, gut ein Viertel ist 45 Jahre oder älter – anteilmäßig jeweils mehr als bei arbeitslos gemeldeten Arbeitsuchenden, weniger aber als unter den nicht erwerbstätigen Frauen insgesamt. Auch nach dem Qualifikationsniveau lassen sich, allerdings nur leichte, Unterschiede erkennen: Niedrige Allgemeinbildung, fehlende Berufsausbildung bzw. eine Tätigkeit als Hilfsarbeiterin haben überproportional häufig – im Falle der Arbeitsuche – eine Abdrängung vom offiziellen Arbeitsmarkt zur Folge. Jede vierte nichtregistrierte Arbeitsuchende war zuvor beim Arbeitsamt gemeldet (Tabelle 5).

Häufig geht der Arbeitsuche eine (längere) familial bedingte Unterbrechung der Erwerbstätigkeit voraus, überwiegend im Zusammenhang mit der Erziehung von Kindern oder (zu kleineren Teilen) der Betreuung anderer Personen im Haushalt, wie die Unterbrechungsgründe zeigen (Tabelle 6, Mehrfachnennungen). Dies erklärt auch den hohen Anteil der Frauen, die ihre letzte Arbeitsstelle selbst gekündigt haben. Sie suchen im Durchschnitt schon länger als die registrierten Arbeitslosen eine neue Stelle, bewerben sich allerdings weniger häufig (aber doch in

¹¹⁾ Im Jahr 1980 betrugen die entsprechenden Anteile 2% bzw. 1%.

¹²⁾ Deutsche Frauen, unter 60 Jahre.

beachtlichem Umfang), können sich auch mehr Zeit lassen und abwarten, bis sich eine passende neue Stelle findet (die in mehr als der Hälfte der Fälle eine Teilzeitstelle sein soll).

Die häufig bessere Absicherung durch die Familie bzw. der andere berufsbiographische Hintergrund führt auch zu Unterschieden bei den Begründungen von Arbeitslosen und nicht beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitsuchenden, für ihren Wunsch, (wieder) berufstätig zu werden (Tabelle 7). Finanzielle Motive (zum Lebensunterhalt beitragen, sich mehr leisten können) spielen bei Frauen, die der Stillen Reserve zuzurechnen sind, als *Hauptgrund* eine geringere Rolle als bei den Arbeitslosen (39% vs. 49%); gleichwohl stehen sie auch bei ihnen stark im Vordergrund und haben ein ebenso großes Gewicht wie bei den erwerbstätigen Frauen (39%). Freude an der beruflichen Tätigkeit wird bei nichtregistrierten Arbeitsuchenden (auch bei Arbeitslosen) mit 8% als *Hauptgrund* (auch im Vergleich zu den Erwerbstätigen) nur selten genannt. Dieser Aspekt ist jedoch *zusätzlich* von Bedeutung (Arbeitslose „trifft völlig zu“ 47%, nichtregistrierte Arbeitsuchende 39%, Erwerbstätige 55%).

Häufiger noch sind es die über den Beruf vermittelten Kontaktchancen und das Gefühl, durch Hausarbeit allein nicht ausgefüllt zu sein, die bei nichtregistrierten Arbeitsuchenden den Ausschlag für ihre Erwerbsbereitschaft geben (zusammen 22%) – mehr als bei den Erwerbstätigen (12%). Als *zusätzliche* Aspekte spielen diese Begründungen bei der Mehrzahl der latent erwerbsbereiten Frauen eine Rolle („trifft völlig zu“: 51% ich bin gerne im Beruf mit anderen Menschen zusammen, 37% Hausarbeit allein füllt mich nicht aus). Hier führen offenkundig Funktionsverluste der modernen Kleinfamilie zur Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Sicherlich ist zu berücksichtigen, daß nicht alle der hier erfaßten arbeitsuchenden Frauen sofort eine Arbeit aufzunehmen wünschen. Nach den vorliegenden Ergebnissen würden etwa zwei Drittel in *weniger als einem Jahr* eine Arbeit aufnehmen (15% in ein bis zwei Jahren, 5% in drei oder mehr Jahren, 13% „kann ich noch nicht sagen“). Allerdings wären 87% von ihnen auch *in der Lage, sofort* nach einer kurzen Übergangszeit – eine Arbeit aufzunehmen. Diese auf dem offiziellen Arbeitsmarkt nicht in Erscheinung tretenden Frauen sind offenbar überwiegend als „arbeitsmarktnah“ einzustufen; dies läßt bei Verbesserungstendenzen am Arbeitsmarkt eine baldige Auflösung dieses Teils der Stillen Reserve erwarten. Damit läßt sich vielleicht auch ein Teil des relativ frühzeitigen Rückgangs der Stillen Reserve in den letzten Jahren mit erklären.

Es kann an dieser Stelle nicht das volle Spektrum weiterer einschlägiger Ergebnisse dargestellt werden. Nur folgende Hinweise:

- 1986 wie 1978 geht rd. ein Drittel der befragten Frauen davon aus, in *Zukunft sicher* oder *vielleicht* berufstätig zu sein. Wohl auch im Zusammenhang mit der veränderten Arbeitsmarktsituation ist allerdings der Anteil der nichterwerbstätigen Frauen zurückgegangen, die angeben, „eigentlich *grundsätzlich* gerne berufstätig“ zu sein (1978: 50%; 1986: 35%).

- Die Barrieren, die einem (Wieder-)Eintritt in das Erwerbsleben im Wege stehen, werden als hoch, wesent-

lich höher noch als 1978, eingeschätzt. Drei von vier Befragten erscheint es schwierig oder praktisch unmöglich, beim Versuch berufstätig zu werden, eine geeignete Stelle zu finden (1978 rd. die Hälfte). 32% der nichterwerbstätigen Frauen sind nun der Auffassung „es gibt hier z. Z. keinen Arbeitsplatz für mich“ (1978: 12%), 23% gehen davon aus „es gibt hier keinen Teilzeitarbeitsplatz“ (1978: 16%). 20% der nichterwerbstätigen Frauen sehen in diesen Arbeitsmarktbarrieren die Hauptschwierigkeit, die einem Eintritt ins Erwerbsleben entgegensteht.

Häufiger noch als früher spielt allerdings auch die Einschätzung eine Rolle, daß die eigenen beruflichen Kenntnisse nicht hinreichen (jetzt 25%, 1978: 11%). Einige andere Hemmnisse haben hingegen nach Meinung der Betroffenen an Gewicht verloren („es gibt keine ausreichenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung“ jetzt 14%, 1978: 19%).

- Auch unter den berufstätigen Frauen werden zunehmend Schwierigkeiten gesehen, eine (neue) geeignete Stelle zu finden. Der Anteil derer, die angeben (im Falle eines Arbeitsplatzverlustes) „ich würde versuchen, ob ich eine neue Stelle finde, aber ich würde mich nicht beim Arbeitsamt melden“, ist auf 21% zurückgegangen (1978: 35%). Auch bei Frauen, die jetzt im Erwerbsleben stehen, wird im Falle der Arbeitsuche nicht immer das Arbeitsamt eingeschaltet; der Anteil ist allerdings deutlich geringer geworden, wohl auch ein Indiz für die zunehmende Arbeitsmarktnähe von Frauen.

3. Vorliegende externe Berechnungen der Stillen Reserve

3.1 Zu Michael Stobernack, „Umfang und Struktur der Stillen Reserve auf dem Arbeitsmarkt“¹³⁾

In diesem Artikel hat der Autor vom Sonderforschungsbereich 3 der DFG (Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Universitäten Frankfurt und Mannheim) auf der Basis von Befragungsergebnissen eine Schätzung des Umfangs und der Struktur der Stillen Reserve vorgelegt und sich in diesem Rahmen auch kritisch mit den Berechnungen der Stillen Reserve durch das IAB auseinandergesetzt. Zu beiden Teilen dieser Arbeit soll hier Stellung genommen werden.

3.1.1 Schätzung der Stillen Reserve auf der Grundlage des „Sozio-ökonomischen Panels“

Mit anderer Datenbasis (Querschnittsanalyse der ersten Welle eines repräsentativen Haushaltspanels, bei der alle über 16jährigen Haushaltsmitglieder befragt wurden, darunter 5000 nicht erwerbstätige Frauen und Männer aus dem Jahre 1984) und etwas anderen Frageformulierungen beschreitet Stobernack grundsätzlich den gleichen methodischen Weg zur Ermittlung latenter Erwerbsbereitschaft, der mit dem IAB-Befragungsprojekt (s. 2.3) verfolgt wird.

In einer vom Autor favorisierten „moderaten Version“ wurden als Stille Reserve 795 000 Personen ermittelt, die

1. nicht erwerbstätig, nicht arbeitslos, nicht in Ausbildung, aber *erwerbsbereit* sind,
2. eine Erwerbsaufnahme *innen Jahresfrist* und
3. entweder eine Vollzeit- oder Teilzeitarbeit wünschen.

Eine als „*restriktiv*“ bezeichnete Version stellt auf diejenigen ab, die „sofort“ eine Arbeit aufnehmen wollen

¹³⁾ In: Konjunkturpolitik, Heft 4/1986, S. 195-217.

(570 000 Personen), eine „weite Version“ bezieht (anders als bei den IAB-Befragungen) Personen in Ausbildung ein und läßt auch eine gewollte Arbeitsaufnahme in mehr als fünf Jahren zu (ca. 1,6 Mio. Personen).

Abgesehen von der weiten Version, die auch spätere Neueintritte ins Erwerbsleben einschließt, sind die aufgeführten Kriterien so gewählt, daß die erfaßten Personen *Teilgruppen* der Stillen Reserve nach dem IAB-Konzept darstellen. Es gibt sogar eine weitgehende Übereinstimmung mit *Befragungsergebnissen* des IAB: Nach der moderaten Version des Panels sind rd. 580 000 (73%) dieser „Stillen Reserve“ Frauen (Deutsche und Ausländer). Nach der IAB-Befragung von 1986 wollen 66% der deutschen Frauen, die jetzt ohne Meldung beim Arbeitsamt Arbeit suchen oder dies in den letzten 12 Monaten vergeblich getan haben (etwas engere Abgrenzung als beim Panel, das auf die grundsätzliche Erwerbsbereitschaft abstellt) in weniger als einem Jahr eine Arbeit aufnehmen (identische Abgrenzung), das sind hochgerechnet rd. 475 000 deutsche Frauen bzw. (bei entsprechender Übertragung auf ausländische Frauen) schätzungsweise 540 000 Frauen insgesamt – erwartungsgemäß (etwas) weniger als beim Panel (unter Berücksichtigung der Stichprobengröße ist der Unterschied statistisch nicht signifikant).

Nach den IAB-Berechnungen sind nunmehr fast die Hälfte der Personen in der Stillen Reserve Männer, nach dem Panel sind es nur ein Viertel. Dieser niedrigere Anteil ergibt sich in etwa auch aus der 80er IAB-Befragung, in die vergleichsweise Männer einbezogen wurden. Dies steht jedoch *nicht im Widerspruch* zu den vom IAB ausgewiesenen Zahlen der Stillen Reserve, sondern verweist auf die Konzeptunterschiede, die zum Teil schon angesprochen wurden:

In der Stillen Reserve des IAB sind z. B. auch Jugendliche in „Warteschleifen“ des Bildungssystems und Ältere (arbeitsmarktbedingte vorzeitige Abgänge aus dem Erwerbsleben) enthalten, die mit den aufgeführten Befragungsergebnissen zumindest nicht vollständig erfaßt werden. Zudem ist die vom IAB ausgewiesene Stille Reserve, wie ausgeführt, nicht auf Personengruppen beschränkt, die innerhalb eines Jahres dem Arbeitsmarkt (wieder) zur Verfügung stehen (im Sinne der aufgeführten Kohortenbetrachtung handelt es sich z. T. sogar um Personen, die aller Wahrscheinlichkeit nach selbst nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten werden).

Genau dies Abgrenzungskriterium – Erwerbsaufnahme binnen Jahresfrist – ist jedoch bei *Stobernack* von zentraler Bedeutung. Damit ist die von ihm ermittelte Stille Reserve am ehesten (nach dem IAB-Konzept) als ihr aktiver Teil zu interpretieren, obwohl das „Suchkriterium“ hier nicht explizit verwendet wird; die Größenordnung (rd. 800 000 Personen) entspricht dann auch vorliegenden Schätzungen des IAB.¹⁴⁾

3.1.2 Zur Kritik am IAB-Ansatz

1. Zunächst wird kritisiert, daß das IAB die Stille Reserve in Hochkonjunkturphasen gleich Null setzt. Dazu ist zu sagen, daß in Zeiten hohen Beschäftigungsstandes, wenn

schon die registrierte Arbeitslosigkeit nicht vollständig verschwindet, auch Stille Reserve vorhanden sein kann (Arbeitsuche auch ohne Einschaltung des Arbeitsamtes im Falle von Fluktuation oder Saisonbeschäftigung). Zu denken ist etwa an Stellensuchende, die wegen der günstigen Arbeitsmarktlage auf eine Einschaltung des Arbeitsamtes verzichten. Das IAB muß aber aus meßtechnischen Gründen auf einen Ausweis von Stiller Reserve in Jahren hohen Beschäftigungsstandes verzichten. Nur unter dieser Prämisse ist es möglich, die Erwerbspersonen mit dem Erwerbspersonenpotential gleichzusetzen. Eine Berücksichtigung von Stiller Reserve auch in Hochbeschäftigungsjahren erbringt im übrigen nur eine – aus heutiger Sicht praktisch unrelevante – Niveauverschiebung der Stillen Reserve – bzw. Erwerbspersonenpotentialreihe, über deren Größenordnung zudem nur spekuliert werden kann.

Daneben ist zu bedenken, daß in Zeiten hohen Beschäftigungsstandes die Dauer der Zugehörigkeit zur registrierten Arbeitslosigkeit bzw. zur Stillen Reserve deutlich niedriger liegen dürfte als in Zeiten hoher Arbeitsmarktgleichgewichte. Hinter den Bestandszahlen stehen damit je nach Arbeitsmarktlage auch gänzlich andere arbeitsmarktpolitische Erfordernisse.

2. Hingewiesen wird von *Stobernack* auch auf die Möglichkeit eines veränderten Einschaltungsgrades der Arbeitsämter. Eine Veränderung des Einschaltungsgrades der Arbeitsämter hat eine andere Verteilung der Nichtbeschäftigten auf registrierte Arbeitslosigkeit bzw. Stille Reserve zur Folge. Wenn dieser Einschaltungsgrad sich in der Vergangenheit merklich geändert hat, hat dies Auswirkungen auf die Schätzung einer Stillen Reserve. Offen ist allerdings die Frage der Schätzung des Einschaltungsgrades selber. Siehe dazu auch Bemerkungen zu *Schmidt* (Abschnitt 3.3).

3. Daneben versucht gerade das IAB, von der ausschließlichen Beschreibung der Arbeitsmarktlage durch eine globale Arbeitslosenquote wegzukommen und möglichst auch andere Arbeitsmarktindikatoren zu verwenden. Aufgrund der begrenzten Datenlage kommt man jedoch relativ rasch an die Grenzen alternativer Arbeitsmarktindikatoren.

4. Wenn die Erklärungsgüte der Regressionsansätze des IAB an den vielfach in Angebotsfunktionen verwendeten Einflußfaktoren gemessen wird, so ist zu bedenken, daß aus Querschnittsuntersuchungen ermittelte Einflußfaktoren der Erwerbsbeteiligung nicht zum Kriterium für die Güte einer Längsschnittuntersuchung gemacht werden können. So ist es z. B. nicht möglich, das Einkommen des Ehepartners im Längsschnitt zu berücksichtigen.

5. Ernst zu nehmen ist der Einwand von zum Teil niedrigen Bestimmtheitsmaßen. Hier sind im Zusammenhang mit der Berücksichtigung weiterer bzw. anderer Einflußfaktoren Verbesserungen anzustreben.

Eine explizite Berücksichtigung von Autokorrelation bei der Schätzung scheint angesichts der Datenlage sowohl der erklärenden wie der erklärten Variablen nicht angebracht. Im übrigen ist wegen der Kürze der Zeitreihen der Durbin-Watson-Test bei einer Reihe von Regressionsansätzen in seiner Aussagekraft stark eingeschränkt.

6. Richtig ist, daß die regressionstechnische Schätzung des IAB im Sinne von arbeitsmarktpolitischen Anforderungen unzureichend strukturiert ist. Das IAB bezweckt aber mit dieser Art von Schätzung einer Stillen Reserve in erster Linie, eine Grundlage für Projektionen zu schaffen. Zum Teil werden – ähnlich wie bei *Stobernack* – Teilstrukturie-

¹⁴⁾ Bei IAB-Befragungen wie beim Panel sind registrierte Arbeitslose unterrepräsentiert, generell geben sich Arbeitslose in allgemeinen Bevölkerungsumfragen nur in Teilen zu erkennen. Der Strukturvergleich von im Panel erfaßten Arbeitslosen mit der im Panel erfaßten Teilgruppe der Stillen Reserve stößt daher auf Grenzen, wie im übrigen auch der hier in den Tabellen 5-7 enthaltene Vergleich mit Arbeitslosen.

rungen über Befragungen versucht. Im übrigen führt die desaggregierte Schätzweise zumindest zu Grundstrukturen der Stillen Reserve nach Alter, Geschlecht und zum Teil Familienstand.

7. Das IAB ist sich der Gefahren, die ein Quantifizierungsversuch der Stillen Reserve mit sich bringen kann, durchaus bewußt. Daher verfolgt es bei seinen Schätzungen durchweg die Maxime, im Zweifel der vorsichtigeren Variante den Vorzug zu geben. Eine quantitative Schätzung der Stillen Reserve ist aber wichtig, um einen Rahmen für den Handlungsbedarf zum Abbau von Arbeitslosigkeit realistisch abschätzen zu können. Eine Nichtberücksichtigung von Stiller Reserve gibt nur eine verkürzte Sichtweise der Arbeitsmarktlage. Das IAB betont aber auch, daß seine Berechnungsergebnisse keine quantitative Vorgabe des Handlungsbedarfs darstellen, sondern nur eine Meßlatte zum Aufzeigen der Größe des Problems sind. Die Gewichtung der Problemlage, d. h. konkret die Festlegung eines anzustrebenden Ausschöpfungsgrades des Erwerbspersonenpotentials wird vom IAB dem politischen Bereich zugeordnet.

3.2 Zur Studie des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz „Neue Chancen für die Stille Reserve“¹⁵⁾

3.2.1 Allgemeines

Die Studie setzt sich mit als „spekulativ“ eingestuften Presseberichten¹⁶⁾ über den Umfang der Stillen Reserve auseinander, ohne auf die vorliegenden detaillierten Berechnungen des IAB einzugehen.

Der Versuch der Autoren, zumindest *Bestandsveränderungen* der Stillen Reserve (sie werden fälschlich als „Bewegungen“, d. h. als Zuströme bzw. Abgänge bezeichnet und interpretiert) ab 1976 zu berechnen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Der Ansatz geht sogar in die vom IAB seit langem verfolgte methodische Richtung (zeitreihenanalytischer Vergleich zwischen einer zu erwartenden und der tatsächlichen Erwerbsbeteiligung, Berücksichtigung einer demographischen Komponente),

- greift jedoch konzeptionell zu kurz,
- ist methodisch zu undifferenziert,
- enthält widersprüchliche Ergebnisse und
- führt zu Schlußfolgerungen, die so nicht haltbar sind.

Anders als die Autoren vermuten, wird die zitierte Größenordnung der Stillen Reserve von über 1 Mio. Personen (zumindest vom IAB) *nicht* aus einem Vergleich mit der höheren Erwerbsquote der Frauen in Skandinavien oder den USA abgeleitet, sie wird auch nicht über eine „Ziel- oder Wunschgröße“ definiert¹⁷⁾, sondern wie geschildert vom IAB empirisch aus einem Vergleich der (sehr differenziert anhand der Vergangenheitsentwicklung in der Bundesrepublik ermittelten) potentiellen und der tatsächlichen Erwerbsbeteiligung abgeleitet (vgl. Abschnitt 1).

¹⁵⁾ Vorgelegt von Staatsminister Rudi Geil, bearbeitet von Dr. Bruno Klein und Uschi Breuer, Mainz, Juni 1986.

¹⁶⁾ Frankfurter Rundschau, 5. 2. 1986, Handelsblatt, 13. 3. 1986.

¹⁷⁾ S. 1 und 3 der Studie.

¹⁸⁾ Vgl. auch Tabelle 3 und Schaubild 2 der Studie.

3.2.2 Zum methodischen Vorgehen dieser Studie

1. Wenn es sinnvoll und möglich ist, Bestandsveränderungen („Bewegungen“) der Stillen Reserve zu quantifizieren, gilt dies ebenso für die Bestände selbst, wenn nur ein sinnvoller Ausgangspunkt besteht. Nach IAB-Vorstellungen gab es 1970 keine nennenswerte Stille Reserve, danach lassen sich Bestandsveränderungen, wenn sie nur methodisch sauber ermittelt werden, kumulieren (S. 4: „ein solcher Versuch ist zum Scheitern verurteilt. . .“).

2. Demographische Einflüsse werden undifferenziert für die 20- bis 60jährigen als ein Block ermittelt (S. 23), vorliegende Zeitreihen ermöglichen jedoch (so auch das IAB-Vorgehen) Differenzierungen nach 5er Altersgruppen, Geschlecht, z. T. Familienstand und Nationalität (Deutsche/Ausländer).

3. Die Stille Reserve wird auf die 20- bis 60jährigen eingeschränkt (S. 10), obwohl sie bei den unter 20jährigen (z. B. „Warteschleifen im Bildungssystem“) und bei den 60- bis 65jährigen (aus Arbeitsmarktgründen vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben) eine beachtliche Rolle spielt. Nach IAB-Schätzungen entfällt etwa ein Drittel der gesamten Stillen Reserve auf diese Altersgruppen.

4. Bei den 20- bis 60jährigen wird – *nur nach Geschlecht differenziert* – jeweils das *Erwerbsverhalten des Vorjahres* (oder gar eines weiter zurückliegenden Basisjahres) unterstellt (Erwartungswert) und mit der tatsächlichen Erwerbsbeteiligung des Bezugsjahres verglichen:

„Hypothetisch wurde eine Konstanz des Erwerbsverhaltens – also der Erwerbsquote – der 20- bis 60jährigen Männer und Frauen von einem Jahr auf das andere unterstellt. Mit dieser Hypothese ließ sich eine ‚erwartete‘ Erwerbspersonenzahl auf das jeweils nächste Jahr projizieren: Die Wohnbevölkerung des nächsten Jahres wurde mit den Erwerbsquoten des laufenden Jahres gewichtet. Die so gewonnenen Zahlen für das nächste Jahr gaben Aufschluß über die Zahl der männlichen und weiblichen Erwerbspersonen, die sich hätte ergeben müssen, wenn die Stille Reserve unverändert geblieben wäre. Mit dieser ‚erwarteten‘ Erwerbspersonenzahl, die sich aus der demographischen Veränderung der Wohnbevölkerung ergab, war eine Vergleichszahl zur tatsächlichen Entwicklung der Erwerbspersonen gegeben. In der Abweichung der tatsächlichen von den erwarteten Erwerbspersonen ist – unter Ausschaltung demographischer Einflüsse – die Quantität der Veränderungen der Stillen Reserve von einem Jahr zum anderen ermittelt“ (S. 17).

Die Differenz wird dann als Bestandsveränderung der Stillen Reserve interpretiert.¹⁸⁾ Abgesehen davon, daß besonders bei Frauen eine weitere Differenzierung nach Altersgruppen und Familienstand notwendig wäre, führt die Annahme eines konstanten Erwerbsverhaltens auch bei kurzfristiger Betrachtung (ein Jahr) gerade auch bei Frauen zu Fehlschlüssen: durch Verhaltensänderung bedingte *trendmäßige Zuwächse der Erwerbsbeteiligung* treten hier zwangsläufig als (über die Erwartungsgröße bei konstanter Erwerbsbeteiligung hinausgehende) „positive Differenz“ in Erscheinung und werden *fälschlich als Abbau der Stillen Reserve interpretiert*, obwohl sie Zuwächse des Erwerbspersonenpotentials darstellen.

5. Hinzu kommt allerdings eine *wesentliche Diskrepanz zwischen beabsichtigtem und tatsächlichem Vorgehen*, die – weil besonders deutlich – beispielhaft bei der Berechnung

der weiblichen Stillen Reserve für das Jahr 1978 erläutert werden soll.¹⁹⁾

Laut Tabelle 8* sind die Erwerbsquoten für 1977 und 1978 gleich groß (nämlich 53,1%). Die erwartete Erwerbspersonenzahl für 1978 stimmt also mit der tatsächlichen von 1978 überein (so auch in Tab. 11* und 12*), die Abweichung sollte also Null sein. Es wird jedoch in diesen Tabellen eine erwartete Veränderung von + 243 000 und eine tatsächliche von + 102 000 ausgewiesen, also ein Aufbau von Stiller Reserve in der Größe von 141 000 Personen.

Tatsächlich liegt in allen ausgewiesenen Jahren bei Frauen die Erwerbspersonenzahl (Tabelle 12*) über dem Erwartungswert (Tabelle 11*), so daß nach dem beschriebenen Berechnungsverfahren hier in keinem Jahr ein Abbau der Stillen Reserve stattfand – Folge der durchschlagenden, aber nicht berücksichtigten trendmäßigen Zuwächse der Erwerbsbeteiligung von Frauen.

3.2.3 Interpretationsprobleme und Schlußfolgerungen

1. Die in Tabelle 3 der Studie vorgenommene Periodisierung der Ergebnisse bleibt inhaltlich unverständlich (1976/77 Auflösung der Stillen Reserve bei weiterem Rückgang der Erwerbstätigkeit, 1978/79 Aufbau der Stillen Reserve bei wieder ansteigender Erwerbstätigkeit u. a.).

2. Zwar ist dem Grundgedanken zuzustimmen, daß weniger einzelne Jahre als vielmehr Perioden einheitlicher Arbeitsmarktentwicklung betrachtet werden sollten (Tabellen 4 und 5). Hier werden Ergebnisse der Jahre 1984 und 1985 auf das Jahr 1983 (Annahme konstantes Erwerbsverhalten des Jahres 1983) bezogen, aber *auch im Widerspruch zu den Ergebnissen der Tabelle 3 interpretiert*, wobei die Rechnung mit konstanten Erwerbsquoten über einen längeren Zeitraum den oben aufgeführten Fehler der Vernachlässigung der trendmäßigen Entwicklungstendenzen vergrößert. Tabelle 3 folgend beträgt der Rückgang der Stillen Reserve in diesen beiden Jahren insgesamt 352 000 Personen, nicht 550 000 bis 600 000 Personen (S. 23), bei Frauen sind es 230 000 Personen (Tabelle 14*), nicht 504 000 Personen (S. 25). Auch damit entfällt weitgehend die empirische Basis für die Schlußfolgerungen.

3. Daß nunmehr die „resignative Arbeitslosigkeit der Jahre 1981 bis 1983 überwunden“ sei (S. 23), die ausgewiesene Arbeitslosigkeit von 1982 „die Arbeitsmarktprobleme nur unzureichend und beschönigend wiedergebe“, die von 1985 wegen der vermeintlichen großen Zuströme aus der Stillen Reserve hingegen „wie eine Dramatisierung der Entwicklung“ wirke (S. 28), läßt sich damit aus der vorliegenden Untersuchung nicht schließen.

Auch nach den jüngsten IAB-Berechnungen hat es zuletzt einen gewissen Rückgang bei der Stillen Reserve gegeben (s. o.). Mehr noch hat aber der weitere (wenn auch verlangsamte) Anstieg des Erwerbspersonenpotentials mit zur Folge gehabt, daß Zuwächse bei den Erwerbstätigenzahlen nicht zu entsprechenden Rückgängen der Arbeitslosigkeit geführt haben.

3.3 Zu Rainer Schmidt, „Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik“²⁰⁾

3.3.1 Ziel der Untersuchung

Schmidt geht der Frage nach, „ob und inwieweit die amtlichen Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik während der letzten zwanzig Jahre auch dadurch wesentlich beeinflusst worden sein könnten, daß sich der Erfassungsgrad der Arbeitslosen durch die Arbeitsämter (Meldequote der Arbeitslosen) signifikant verändert hat. Die Frage nach dem Einfluß der Meldequote auf die Höhe der registrierten Inländerarbeitslosigkeit zu stellen heißt nichts anderes, als den Versuch einer systematischen Abschätzung der Auswirkungen des ‚Stille-Reserve-Effekts‘ auf die offene Arbeitslosigkeit bei Inländern zu wagen“ (S. 103). Formal spitzt sich das Ergebnis der Untersuchung auf die „Schätzung der Bestimmungsgleichung für die registrierte Inländerarbeitslosigkeit“ zu (S. 93), womit die „saisonalen, konjunkturellen und demographischen Ursachen der registrierten Inländerarbeitslosigkeit von dem Meldequoteneffekt“ abgegrenzt werden sollen (S. 99). Diese Schätzgleichung für die registrierte Inländerarbeitslosigkeit soll die Möglichkeiten einer Vorausschätzung dieser Größe im Rahmen des ökonometrischen Konjunkturmodells des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel verbessern. Alle Daten sind daher quartalsweise ausgewiesen.

3.3.2 Definitionen

Schmidt beschränkt sich auf die deutschen Arbeitskräfte, da bei ausländischen Arbeitslosen „die Chancen für eine Isolierung des Einflusses der Meldequote auf die registrierte Arbeitslosigkeit allein schon aufgrund der intervenierenden Variablen ‚Wanderungsverhalten‘ sehr viel geringer sind als bei den deutschen Arbeitslosen“ (S. 6). Da der Anteil der Ausländer an allen registrierten Arbeitslosen bisher stets unter 15% lag, schätzt Schmidt diese Beschränkung nicht als schwerwiegend ein.

„Unter dem Potential an abhängigen inländischen Arbeitskräften zu einem bestimmten Zeitpunkt wird das dem Arbeitsmarkt insgesamt zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehende Angebot an inländischen Arbeitskräften verstanden, d. h. die abhängig erwerbstätigen Inländer, die inländischen registrierten Arbeitslosen sowie alle diejenigen Inländer, die gerade einen Arbeitsplatz suchen, ohne bei den Arbeitsämtern gemeldet zu sein (geschätzte stille Reserve)“ (S. 1).

Die *Meldequote der Arbeitslosen* bzw. der *Erfassungsgrad* der Arbeitslosen durch die Arbeitsämter bezeichnet den „Anteil derjenigen Arbeitslosen, die sich bei den Arbeitsämtern gemeldet haben und die daraufhin als arbeitssuchend in den Karteien der Arbeitsämter registriert worden sind, an allen Arbeitslosen, die sich aktiv mit oder ohne Hilfe der Arbeitsämter um einen Arbeitsplatz bemühen bzw. zumindest einen solchen anstreben“ (S. 7).

„Für die Bestimmung der Meldequote kommt es in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich, darauf an, den aktiven Teil der stillen Reserve zu erfassen“ (S. 45). Unter „Stiller Reserve“ werden demnach nach Möglichkeit nur solche nichtregistrierten Inländer erfaßt, die bei gegebener Arbeitsmarktlage aktiv einen Arbeitsplatz suchen (aktive Stille Reserve).

3.3.3 Prinzip der Vorgehensweise

In einem *ersten Schritt* erfolgt eine (vorläufige) Schätzung des Angebots an abhängigen deutschen Arbeitskräften im

¹⁹⁾ Vgl. Tabellen 8*, 11*, 12* und 14* der Studie.

²⁰⁾ Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Der Einfluß der Meldequote auf die Arbeitslosenstatistik (Kieler Studien Nr. 205).

Sinne des Arbeitskräftepotentials. Dazu wird zunächst eine sog. „demographische Kapazitätsvariable“ bestimmt, also derjenige Personenkreis eingegrenzt, „der rein theoretisch für eine abhängige Erwerbstätigkeit überhaupt in Frage kommen würde. Dies sind alle im Inland vorhandenen Deutschen, die im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre) sind, die keiner anderweitigen Beschäftigung als Selbständiger oder mithelfender Familienangehöriger nachgehen und die auch nicht Schüler, Studenten oder Rentner in diesem Alter sind“ (S. 108). Die Festlegung der zugehörigen Potentialerwerbsquote erfolgt über eine „erweiterte ‚peak-to-peak‘-Methode“ (S. 47). Die Erweiterung besteht darin, daß als ‚peaks‘ alle Konjunkturphasen gelten, „die entweder durch eine eindeutige Hochbeschäftigungssituation (wie beispielsweise 1965 und 1970) gekennzeichnet sind oder in denen infolge eines vermuteten, sehr starken Anstiegs der Meldequote besonders die aktive stille Reserve ein zyklisch bedingtes Minimum erreicht haben dürfte (1975 und 1980/81)“ (S. 46).

Es wird also unterstellt, daß die Möglichkeit, das Potential aus der amtlichen Statistik der Erwerbspersonen (in etwa) abzulesen, nicht nur für unbestreitbare Hochbeschäftigungssituationen besteht, sondern auch bei beachtlichen Arbeitslosenzahlen gegeben sein kann und gegeben ist. Diese Annahme ist allerdings auch in Zusammenhang mit der Definition des Potentials und der Beschränkung auf die Berücksichtigung möglichst nur des aktiven Teils der Stillen Reserve zu sehen. Konkret besteht die Quantifizierung dieser Annahme darin, daß für das 3. Quartal 1965 eine (aktive) Stille Reserve von 25 Tsd., für das 3. Quartal 1970 eine solche von 80 Tsd., für das 3. Quartal 1975 von 170 Tsd. und für das 4. Quartal 1980 von 300 Tsd. Personen angesetzt wird. Es handelt sich dabei aber um – nur in den Relationen, nicht aber in den absoluten Größenordnungen weiter begründete – Setzungen (S. 51, 52, 55).

„Der zweite Schritt besteht darin, die Veränderungen der Beschäftigung und der registrierten Arbeitslosigkeit miteinander zu vergleichen. Die sich zwischen diesen beiden Änderungsgrößen ergebenden Differenzen wären insoweit den geschätzten Veränderungen des Arbeitsangebots zuzuordnen, wie dies nach eben diesen Schätzungen noch plausibel erscheint. Erst diejenigen Veränderungen der registrierten Arbeitslosigkeit, die sich auf diese Weise nicht mehr sinnvoll erklären lassen, wären dann – vorbehaltlich statistischer Fehler – dem Meldequoteneffekt, d. h. einer Verschiebung zwischen offener und verdeckter Arbeitslosigkeit (innerhalb der gesamten Arbeitslosigkeit) zuzurechnen“ (S. 5).

In einem *dritten Schritt* wird eine empirische Überprüfung der so geschätzten Meldequoten vorgenommen. Daraus wird eine Bestätigung bzw. eine eventuelle Korrektur der Schätzung des Arbeitskräfteangebots und damit der Stillen Reserve abgeleitet (S. 5).

3.3.4 Ergebnisse

Als Ergebnis für die geschätzte (aktive) Stille Reserve an Inländern erhält *Schmidt* (in Tsd. Personen): (errechnet aus Tab. 2)

1965	95	1971	162
1966	198	1972	315
1967	438	1973	272
1968	373	1974	256
1969	215	1975	197
1970	168	1976	289

1977	375	1982	550
1978	398	1983	758
1979	402	1984	853
1980	413	1985	706
1981	423		

Die Originalwerte der Schätzungen der Stillen Reserve sind quartalsweise ausgewiesen. Damit kann *Schmidt* eine wesentliche Frage der Untersuchung beantworten, nämlich die Konjunkturabhängigkeit der Stille-Reserve-Bildung. Als Ergebnis erhält man prozyklische Schwankungen der Meldequote etwa ab Mitte der siebziger Jahre.

„Dies hatte zur Folge, daß die registrierte Inländerarbeitslosigkeit im Abschwung bzw. in der Rezession das *prozentuale* Ausmaß der Zunahme der Unterbeschäftigung bzw. im Aufschwung das *prozentuale* Ausmaß des Abbaus der Unterbeschäftigung jeweils überzeichnete“ (S. 104).

Für die Stille Reserve bedeutet dies, daß bei der Kieler Vorgehensweise in der Rezession der Aufbau von Stiller Reserve gegenüber einem konjunkturneutralen Verhältnis von Stiller Reserve und registrierter Arbeitslosigkeit unterzeichnet wird, im Aufschwung dagegen der Abbau von Stiller Reserve zugunsten eines solchen von registrierter Arbeitslosigkeit unterschätzt wird.

Am aktuellen Rand des Beobachtungszeitraums (1985/86) glaubt *Schmidt* allerdings antizyklische Veränderungen der Meldequote feststellen zu können, die er der Verlängerung der Höchstdauer beim Bezug von Arbeitslosengeld für bestimmte Altersgruppen von Arbeitslosen zuschreibt (S. 101/102).

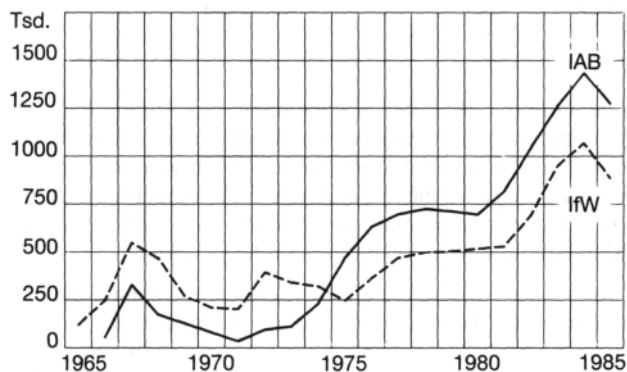
3.3.5 Vergleich der Ergebnisse von Schmidt mit denen des IAB

a) Bei einer Gegenüberstellung der Ergebnisse von *Schmidt* und IAB sind zunächst die definitorischen Unterschiede zu beachten. *Schmidt* betrachtet nur Deutsche; dazu gibt es Vergleichszahlen vom IAB. Darüber hinaus stellt *Schmidt* nur auf abhängig Beschäftigte ab, eine Einschränkung, die das IAB zwar nicht trifft, die aber einen Ergebnisvergleich nicht schwerwiegend beeinträchtigen dürfte. Ein entscheidender Unterschied besteht allerdings darin, daß *Schmidt* vornehmlich auf die sog. aktive Stille Reserve abstellt, während das IAB auch den passiven Teil der Stillen Reserve miteinschließt, also Personen, die im Beobachtungszeitpunkt sich nicht aktiv um einen Arbeitsplatz bemühen, dies aber bei guter Beschäftigungslage tun würden.

Ein weiterer Unterschied zwischen den Zahlen von *Schmidt* und IAB besteht darin, daß *Schmidt* auch für Jahre hohen Beschäftigungsstandes eine (aktive) Stille Reserve ansetzt, während das IAB die Stille Reserve (aktive wie passive) für Jahre hohen Beschäftigungsstandes Null setzt. Zwar gibt es auch nach *IAB-Definition* von Erwerbspersonenpotential und Stiller Reserve in Jahren von Hochkonjunktur am Arbeitsmarkt, in welchen ja auch registrierte Arbeitslose ausgewiesen werden, eine Stille Reserve im Sinne von nicht beim Arbeitsamt registrierten Arbeitssuchenden, auf deren Ausweis und Berücksichtigung wird aber aus Gründen der Praktikabilität verzichtet, zumal über deren Größenordnung absolut keine Informationen vorliegen.

Im Schaubild 2 sind die Jahreszahlen der Stillen Reserve von *Schmidt* und IAB gegenübergestellt. Trotz sehr unterschiedlicher Vorgaben zeigen beide Reihen einen durchaus

Schaubild 2: Vergleich der Schätzungen von Stiller Reserve für Deutsche nach IfW und IAB – Tsd. Personen –



Quelle: IfW: R. Schmidt, Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Kieler Studien 205. Jahreswerte errechnet aus Tabelle 2 (S. 53/54).

IAB: BeitrAB 105, S. 56 und MittAB 3/1987, S. 283.

gleichartigen Verlauf. Lediglich dem starken Aufbau von Stiller Reserve bis 1975, wie ihn das IAB errechnet, folgt das IfW nicht. Bei ihm wird der Anstieg der Zahl der Nichtbeschäftigten durch ein kräftiges Steigen der Meldequote mehr in den Bereich der registrierten Arbeitslosigkeit verlegt.

b) Aus der Sicht des IAB ist eine Fixierung vornehmlich auf die aktive Stille Reserve nicht angebracht. Eine grobe Zweiteilung der Stillen Reserve in einen aktiven und passiven Teil wird der inhaltlichen Problematik der Stillen Reserve nicht gerecht. Sie kann allenfalls als Interpretationshilfe verstanden werden, die anhand der Extreme möglicher Arbeitsmarkt-Beteiligung die definitorische Breite des Begriffs „Stille Reserve“ aufzeigt. Realiter bestehen stufenlose Übergänge in der Arbeitsmarktnähe der Stillen Reserve, so daß eine scharfe Abgrenzung oder Teilung auch statistisch kaum möglich scheint.

Im betrachteten Beobachtungszeitraum von 1965 bis 1985 hat es auch sog. passive Stille Reserve gegeben und diese hat sich – wenigstens zum Teil und/oder zeitweise – auch wieder aufgelöst. Hierauf deuten Befragungsergebnisse wie auch vorhandene zeitlich befristete Auffangpositionen bzw. „Alternativrollen“ besonders auch an Spitze und Ende der Alterspyramide hin. Eine solche Arbeitsmarktbewegung wird bei Beschränkung auf die aktive Stille Reserve einer Änderung der Potentialerwerbsquote zugeschrieben. Die trendmäßige Entwicklung einer auf aktive Stille Reserve beschränkten Potentialerwerbsquote kann also einen Teil der konjunkturellen Arbeitsmarktbewegungen nicht einfangen.

c) Nicht übersehen werden darf, daß, falls es Änderungen im „Meldeverhalten“ von Arbeitslosen gibt, diese bei einer Schätzung der Stillen Reserve eine mitentscheidende Rolle spielen können. Die Frage ist nur, wie diese „Erfassungsquote“ zunächst geschätzt und dann entsprechend berücksichtigt werden kann. Als alleiniger Erklärungsfaktor für zunächst unplausible Arbeitsmarktbewegungen ist sie unzureichend. Veränderte Arbeitslosenzahlen können ihre Ursache nicht nur in Änderungen der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit haben, auch Variationen der Dauer der Arbeitslosigkeit haben einen erheblichen Einfluß auf die Stichtags-Zahlen der registrierten Arbeitslosigkeit. Dieser Effekt hat in den Jahren 1974/75 einen nicht unerheblichen Beitrag zur Erhöhung der Arbeitslosenzahlen geleistet.

Schätzansätze für eine „Meldequote“ sollten daher auf die Einbeziehung der Dauer der Arbeitslosigkeit als Einflußfaktor nicht verzichten.

Falls aber die Meldequote tatsächlich die von Schmidt geschätzte Entwicklung genommen haben sollte, dann wäre aus Sicht des IAB der trendmäßige Anstieg dieser Quote am unproblematischsten. In praktisch allen Regressionsgleichungen des IAB zur Schätzung der potentiellen Erwerbsbeteiligung sind explizit Trendglieder oder trendmäßig verlaufende Variable enthalten, die auch die langfristige Entwicklung der Meldequote auffangen. Darüber hinausgehende kurzfristige Schwankungen spielen bei Jahreswerten, die das IAB verwendet, keine dominierende Rolle mehr. Sollte es aber in den Jahren 1973-75 tatsächlich einen bedeutenden, signifikanten Niveausprung im Meldeverhalten gegeben haben, müßte die Gestaltung von Regressionsbeziehungen, wie sie das IAB verwendet, daraufhin überprüft werden (z. B. entsprechende Variation des Stützzeitraums, Dummy-Variable).

d) Die Frage nach dem einer jeweils konkreten Arbeitsmarktlage entsprechenden aktuellen Arbeitskräfteangebot, also der Summe aus reg. Arbeitslosen, Erwerbstätigen und aktiver Stiller Reserve nach der Definition Schmidts, ist sicher von Interesse. Andererseits bestehen aber auch Bedenken, bei der Stillen Reserve nur denjenigen Teil zu berücksichtigen, der „sich weiterhin aktiv um einen Arbeitsplatz ohne Einschaltung des Arbeitsamtes“ bemüht (S. 45). Erstens gibt es definitorische Schwierigkeiten bei der Abgrenzung der Aktivitäten, die zum Erhalt eines Arbeitsplatzes entfaltet werden müssen. Diese können von Bewerbungsbemühungen „auf Verdacht“, also ohne Bezug auf konkrete Arbeitsplatzausschreibungen, bis zum „passiven“ Lesen von Stellenanzeigen reichen. Daneben spielen unterschiedliche Intensitäten und Dringlichkeiten dieser aktiven Arbeitsplatzsuche eine Rolle. Geht man aber von der Vorstellung vollständiger Transparenz aus, dann würden zum Arbeitskräfteangebot alle diejenigen zählen, die einen (via „Arbeitsplatzbörse“) konkret angebotenen Arbeitsplatz auch annehmen würden. Damit wäre man dann allerdings schon weit an die Vorstellung des IAB von Erwerbspersonenpotential herangekommen.

Vor allem aber hängt die Abgrenzung des zu betrachtenden Arbeitskräfteangebots auch von der Fragestellung und Zielrichtung der Untersuchung ab. Solange die Frage nach der Zahl der fehlenden Arbeitsplätze gegenüber einem hohen Beschäftigungsstand im Vordergrund steht, stellt ein Erwerbspersonenpotential nach IAB-Definition ein problemgerechtes und geeignetes Maß für die Angebotsseite des Arbeitsmarktes dar. Dabei sind Zusatzinformationen über die Struktur der Stillen Reserve bezüglich der Arbeitsmarktnähe auch aus kurzfristiger Perspektive von Bedeutung, reichen jedoch für eine mittel- und längerfristige arbeitsmarktpolitische Perspektive nicht aus. Eine solche ist aber angesichts des Ausmaßes der vorhandenen Unterbeschäftigung unabdingbar.

4. Ausblick

Schon bisher sind in Ergänzung zu bzw. als Ersatz für fehlende Regressionsansätze sekundärstatistische Analysen zur Abschätzung von Größenordnungen der Stillen Reserve herangezogen worden. Dieses Instrument kann nun verstärkt – neben weiteren Befragungsaktionen und Aktualisierungs- und Verbesserungsversuchen der regressionstechnischen Vorgehensweise – eingesetzt werden, um

insbesondere mehr Informationen über arbeitsmarkt-politisch relevante Differenzierungen der Stillen Reserve zu erhalten.

Unter diesem Gesichtspunkt kommt dann namentlich dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben Bedeutung zu; zudem ist dieser Bereich wenigstens z. T. relativ gut datenmäßig abgesichert. Daneben kann die Aufbereitung und Auswertung sekundärstatistischen Materials auch helfen, Datenlücken bei der Schätzung von Stiller Reserve zu schließen. Zu denken ist dabei insbesondere an die unbefriedigende Stille-Reserve-Schätzung für Ausländer, wofür bisher die Übertragung der Relation Stille Reserve zu Arbeitslose bei Deutschen verwendet wird.

²¹⁾ Vgl. BeitrAB 44 und 56.

Auf ihrer Sitzung am 12. 3. 1987 hat sich auch die Konferenz der Amtschefs der Länder-Wirtschaftsministerkonferenz mit der Stillen Reserve befaßt. Sie ist zu der Auffassung gelangt, „daß der weiteren Untersuchung der Stillen Reserve für die arbeitsmarktpolitische Diskussion zunehmende Bedeutung zukommt“. Sie hält es deshalb u. a. für erforderlich, daß wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institute die wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Themas verstärkt vorantreiben.

Auch vom IAB wird eine Fortsetzung der langjährigen Bemühungen um Verbesserungen bei der Messung und Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotentials (und daraus abgeleitet der Bestimmung einer Stillen Reserve) für erforderlich gehalten. Hierbei könnte im Anschluß an die entsprechenden IAB-Tagungen aus den Jahren 1978, 1980 und 1984 ein weiteres Forschungstreffen mit einschlägig arbeitenden externen Wissenschaftlern hilfreich sein.²¹⁾

Tabellenanhang

Tabelle 1: Arbeitskräftebilanz 1960–1988 nach dem Beschäftigungsortskonzept (Deutsche und Ausländer) – Personen in Tsd.¹⁾

Erwerbspersonen- potential		davon									
		Erwerbstätige		davon				Registrierte Arbeitslose		Stille Reserve	
				Selbstständige und Mith. Fam.angeh.		Beschäftigte Arbeitnehmer					
Personen in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in 1000	Personen in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in 1000	Personen in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in 1000	Personen in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in 1000	Personen in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in 1000	Personen in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in 1000

Tabelle 1a: Männer und Frauen

1960	26381	0	26063	0	5990	0	20073	0	271	0	47	0
1961	26607	+ 226	26426	+ 363	5861	- 129	20565	+ 492	181	- 90	0	0
1962	26673	+ 66	26518	+ 92	5658	- 203	20860	+ 295	155	- 26	0	0
1963	26767	+ 94	26581	+ 63	5483	- 175	21098	+ 238	186	+ 31	0	0
1964	26773	+ 6	26604	+ 23	5269	- 214	21335	+ 237	169	- 17	0	0
1965	26902	+ 129	26755	+ 151	5130	- 139	21625	+ 290	147	- 22	0	0
1966	26877	- 25	26673	- 82	5036	- 94	21637	+ 12	161	+ 14	43	0
1967	26526	- 351	25804	- 869	4896	- 140	20908	- 729	459	+ 298	263	+ 220
1968	26287	- 239	25826	+ 22	4785	- 111	21041	+ 133	323	- 136	138	- 125
1969	26407	+ 120	26228	+ 402	4604	- 181	21624	+ 583	179	- 144	0	0
1970	26709	+ 302	26560	+ 332	4422	- 182	22138	+ 514	149	- 30	0	0
1971	26934	+ 225	26721	+ 161	4211	- 211	22510	+ 372	185	+ 36	28	0
1972	26983	+ 49	26661	- 60	4111	- 100	22550	+ 40	246	+ 61	76	+ 48
1973	27212	+ 229	26849	+ 188	4016	- 95	22833	+ 283	273	+ 27	90	+ 14
1974	27284	+ 72	26497	- 352	3925	- 91	22572	- 261	582	+ 309	205	+ 115
1975	27245	- 39	25746	- 751	3796	- 129	21950	- 622	1074	+ 492	425	+ 220
1976	27139	- 106	25530	- 216	3652	- 144	21878	- 72	1060	- 14	549	+ 124
1977	27127	- 12	25490	- 40	3518	- 134	21972	+ 94	1030	- 30	607	+ 58
1978	27276	+ 149	25644	+ 154	3435	- 83	22209	+ 237	993	- 37	639	+ 32
1979	27505	+ 229	25995	+ 351	3384	- 51	22611	+ 402	876	- 117	634	- 5
1980	27789	+ 284	26278	+ 283	3319	- 65	22959	+ 348	889	+ 13	622	- 12
1981	28112	+ 323	26092	- 186	3275	- 44	22817	- 142	1272	+ 383	748	+ 126
1982	28434	+ 322	25651	- 441	3273	- 2	22378	- 439	1833	+ 561	950	+ 202
1983	28640	+ 206	25262	- 389	3274	+ 1	21988	- 390	2258	+ 425	1120	+ 170
1984	28817	+ 177	25283	+ 21	3266	- 8	22017	+ 29	2266	+ 8	1268	+ 148
1985	28968	+ 151	25452	+ 169	3266	0	22186	+ 169	2304	+ 38	1212	- 56
1986	29119	+ 151	25702	+ 250	3271	+ 5	22431	+ 245	2228	- 76	1189	- 23
1987	29259	+ 140	25842	+ 140	3276	+ 5	22566	+ 135	2235	+ 7	1182	- 7
1988	29379	+ 120	25892	+ 50	3281	+ 5	22611	+ 45	2275	+ 40	1212	+ 30

Tabelle 1b: Männer

1960	16560	0	16365	0	3048	0	13317	0	179	0	16	0
1961	16759	+ 199	16641	+ 276	2986	- 62	13655	+ 338	118	- 61	0	0
1962	16843	+ 84	16740	+ 99	2895	- 91	13845	+ 190	103	- 15	0	0
1963	16916	+ 73	16785	+ 45	2803	- 92	13982	+ 137	131	+ 28	0	0
1964	16974	+ 58	16859	+ 74	2740	- 63	14119	+ 137	115	- 16	0	0
1965	17092	+ 118	16987	+ 128	2680	- 60	14307	+ 188	105	- 10	0	0
1966	17120	+ 28	17004	+ 17	2652	- 28	14352	+ 45	116	+ 11	0	0
1967	16861	- 259	16455	- 549	2602	- 50	13853	- 499	335	+ 219	71	0
1968	16711	- 150	16449	- 6	2526	- 76	13923	+ 70	235	- 100	27	- 44
1969	16862	+ 151	16737	+ 288	2451	- 75	14286	+ 363	125	- 110	0	0
1970	17099	+ 237	17006	+ 269	2395	- 56	14611	+ 325	93	- 32	0	0
1971	17210	+ 111	17103	+ 97	2303	- 92	14800	+ 189	101	+ 8	6	0
1972	17091	- 119	16925	- 178	2259	- 44	14666	- 134	140	+ 39	26	+ 20
1973	17139	+ 48	16960	+ 35	2212	- 47	14748	+ 82	150	+ 10	29	+ 3
1974	17049	- 90	16664	- 296	2178	- 34	14486	- 262	324	+ 174	61	+ 32
1975	16921	- 128	16155	- 509	2130	- 48	14025	- 461	622	+ 298	144	+ 83
1976	16818	- 103	16017	- 138	2074	- 56	13943	- 82	566	- 56	235	+ 91
1977	16818	0	16029	+ 12	2039	- 35	13990	+ 47	518	- 48	271	+ 36
1978	16917	+ 99	16131	+ 102	2019	- 20	14112	+ 122	489	- 29	297	+ 26
1979	17069	+ 152	16349	+ 218	2023	+ 4	14326	+ 214	417	- 72	303	+ 6
1980	17187	+ 118	16464	+ 115	1998	- 25	14466	+ 140	427	+ 10	296	- 7
1981	17278	+ 91	16290	- 174	1982	- 16	14308	- 158	653	+ 226	335	+ 39
1982	17394	+ 116	15945	- 345	1996	+ 14	13949	- 359	1021	+ 368	428	+ 93
1983	17474	+ 80	15687	- 258	2012	+ 16	13675	- 274	1273	+ 252	514	+ 86
1984	17536	+ 62	15648	- 39	2012	0	13636	- 39	1277	+ 4	611	+ 97
1985	17585	+ 49	15726	+ 78	2016	+ 4	13710	+ 74	1289	+ 12	570	- 41
1986	17643	+ 58	15848	+ 122	2021	+ 5	13827	+ 117	1200	- 89	595	+ 25
1987	17691	+ 48	15871	+ 23	2019	- 2	13852	+ 25	1212	+ 12	608	+ 13
1988	17715	+ 24	15846	- 25	2016	- 3	13830	- 22	1237	+ 25	632	+ 24

¹⁾ 1987 vorläufig
1988 mittlere Variante der kurzfristigen Arbeitsmarktvorausschau des IAB in: MittAB 3/1987

Tabelle 1 c: Frauen

	Erwerbspersonen- potential		davon									
			Erwerbstätige		davon				Registrierte Arbeitslose		Stille Reserve	
					Selbständige und Mith. Fam.angeh.		Beschäftigte Arbeitnehmer					
	Personen in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in 1000	Personen in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in 1000	Personen in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in 1000	Personen in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in 1000	Personen in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in 1000	Personen in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in 1000
1960	9821	0	9698	0	2942	0	6756	0	92	0	31	0
1961	9848	+ 27	9785	+ 87	2875	- 67	6910	+ 154	63	- 29	0	0
1962	9830	- 18	9778	- 7	2763	- 112	7015	+ 105	52	- 11	0	0
1963	9851	+ 21	9796	+ 18	2680	- 83	7116	+ 101	55	+ 3	0	0
1964	9799	- 52	9745	- 51	2529	- 151	7216	+ 100	54	- 1	0	0
1965	9810	+ 11	9768	+ 23	2450	- 79	7318	+ 102	42	- 12	0	0
1966	9757	- 53	9669	- 99	2384	- 66	7285	- 33	45	+ 3	43	0
1967	9665	- 92	9349	- 320	2294	- 90	7055	- 230	124	+ 79	192	+ 149
1968	9576	- 89	9377	+ 28	2259	- 35	7118	+ 63	88	- 36	111	- 81
1969	9545	- 31	9491	+ 114	2153	- 106	7338	+ 220	54	- 34	0	0
1970	9610	+ 65	9554	+ 63	2027	- 126	7527	+ 189	56	+ 2	0	0
1971	9724	+ 114	9618	+ 64	1908	- 119	7710	+ 183	84	+ 28	22	0
1972	9892	+ 168	9736	+ 118	1852	- 56	7884	+ 174	106	+ 22	50	+ 28
1973	10073	+ 181	9889	+ 153	1804	- 48	8085	+ 201	123	+ 17	61	+ 11
1974	10235	+ 162	9833	- 56	1747	- 57	8086	+ 1	258	+ 135	144	+ 83
1975	10324	+ 89	9591	- 242	1666	- 81	7925	- 161	452	+ 194	281	+ 137
1976	10321	- 3	9513	- 78	1578	- 88	7935	+ 10	494	+ 42	314	+ 33
1977	10309	- 12	9461	- 52	1479	- 99	7982	+ 47	512	+ 18	336	+ 22
1978	10359	+ 50	9513	+ 52	1416	- 63	8097	+ 115	504	- 8	342	+ 6
1979	10436	+ 77	9646	+ 133	1361	- 55	8285	+ 188	459	- 45	331	- 11
1980	10602	+ 166	9814	+ 168	1321	- 40	8493	+ 208	462	+ 3	326	- 5
1981	10834	+ 232	9802	- 12	1293	- 28	8509	+ 16	619	+ 157	413	+ 87
1982	11040	+ 206	9706	- 96	1277	- 16	8429	- 80	812	+ 193	522	+ 109
1983	11166	+ 126	9575	- 131	1262	- 15	8313	- 116	985	+ 173	606	+ 84
1984	11281	+ 115	9635	+ 60	1254	- 8	8381	+ 68	989	+ 4	657	+ 51
1985	11383	+ 102	9726	+ 91	1250	- 4	8476	+ 95	1015	+ 26	642	- 15
1986	11476	+ 93	9854	+ 128	1250	0	8604	+ 128	1028	+ 13	594	- 48
1987	11568	+ 92	9971	+ 117	1257	+ 7	8714	+ 110	1023	- 5	574	- 20
1988	11664	+ 96	10046	+ 75	1265	+ 8	8781	+ 67	1038	+ 15	580	+ 6

Tabelle 2: Arbeitskräftebilanz 1960–1988 nach dem Beschäftigungsortskonzept (Deutsche und Ausländer) – Frauenanteile in %¹⁾

	Erwerbspersonen- potential		davon									
			Erwerbstätige		davon				Registrierte Arbeitslose		Stille Reserve	
					Selbständige und Mith. Fam.angeh.		Beschäftigte Arbeitnehmer					
	Anteile in %	Veränd. gegen Vorjahr (%-Pkt.)	Anteile in %	Veränd. gegen Vorjahr (%-Pkt.)	Anteile in %	Veränd. gegen Vorjahr (%-Pkt.)	Anteile in %	Veränd. gegen Vorjahr (%-Pkt.)	Anteile in %	Veränd. gegen Vorjahr (%-Pkt.)	Anteile in %	Veränd. gegen Vorjahr (%-Pkt.)
1960	37.2	0.0	37.2	0.0	49.1	0.0	33.7	0.0	33.9	0.0	66.0	0.0
1961	37.0	- 0.2	37.0	- 0.2	49.1	- 0.1	33.6	- 0.1	34.8	+ 0.9	0.0	0.0
1962	36.9	- 0.2	36.9	- 0.2	48.8	- 0.2	33.6	+ 0.0	33.5	- 1.3	0.0	0.0
1963	36.8	- 0.1	36.9	- 0.0	48.9	+ 0.0	33.7	+ 0.1	29.6	- 4.0	0.0	0.0
1964	36.6	- 0.2	36.6	- 0.2	48.0	- 0.9	33.8	+ 0.1	32.0	+ 2.4	0.0	0.0
1965	36.5	- 0.1	36.5	- 0.1	47.8	- 0.2	33.8	+ 0.0	28.6	- 3.4	0.0	0.0
1966	36.3	- 0.2	36.3	- 0.3	47.3	- 0.4	33.7	- 0.2	28.0	- 0.6	100.0	0.0
1967	36.4	+ 0.1	36.2	- 0.0	46.9	- 0.5	33.7	+ 0.1	27.0	- 0.9	73.0	- 27.0
1968	36.4	- 0.0	36.3	+ 0.1	47.2	+ 0.4	33.8	+ 0.1	27.2	+ 0.2	80.4	+ 7.4
1969	36.1	- 0.3	36.2	- 0.1	46.8	- 0.4	33.9	+ 0.1	30.2	+ 2.9	0.0	0.0
1970	36.0	- 0.2	36.0	- 0.2	45.8	- 0.9	34.0	+ 0.1	37.6	+ 7.4	0.0	0.0
1971	36.1	+ 0.1	36.0	+ 0.0	45.3	- 0.5	34.3	+ 0.3	45.4	+ 7.8	78.6	0.0
1972	36.7	+ 0.6	36.5	+ 0.5	45.0	- 0.3	35.0	+ 0.7	43.1	- 2.3	65.8	- 12.8
1973	37.0	+ 0.4	36.8	+ 0.3	44.9	- 0.1	35.4	+ 0.4	45.1	+ 2.0	67.8	+ 2.0
1974	37.5	+ 0.5	37.1	+ 0.3	44.5	- 0.4	35.8	+ 0.4	44.3	- 0.7	70.2	+ 2.5
1975	37.9	+ 0.4	37.3	+ 0.1	43.9	- 0.6	36.1	+ 0.3	42.1	- 2.2	66.1	- 4.1
1976	38.0	+ 0.1	37.3	+ 0.0	43.2	- 0.7	36.3	+ 0.2	46.6	+ 4.5	57.2	- 8.9
1977	38.0	- 0.0	37.1	- 0.1	42.0	- 1.2	36.3	+ 0.1	49.7	+ 3.1	55.4	- 1.8
1978	38.0	- 0.0	37.1	- 0.0	41.2	- 0.8	36.5	+ 0.1	50.8	+ 1.0	53.5	- 1.8
1979	37.9	- 0.0	37.1	+ 0.0	40.2	- 1.0	36.6	+ 0.2	52.4	+ 1.6	52.2	- 1.3
1980	38.2	+ 0.2	37.3	+ 0.2	39.8	- 0.4	37.0	+ 0.4	52.0	- 0.4	52.4	+ 0.2
1981	38.5	+ 0.4	37.6	+ 0.2	39.5	- 0.3	37.3	+ 0.3	48.7	- 3.3	55.2	+ 2.8
1982	38.8	+ 0.3	37.8	+ 0.3	39.0	- 0.5	37.7	+ 0.4	44.3	- 4.4	54.9	- 0.3
1983	39.0	+ 0.2	37.9	+ 0.1	38.5	- 0.5	37.8	+ 0.1	43.6	- 0.7	54.1	- 0.8
1984	39.1	+ 0.2	38.1	+ 0.2	38.4	- 0.2	38.1	+ 0.3	43.6	+ 0.0	51.8	- 2.3
1985	39.3	+ 0.1	38.2	+ 0.1	38.3	- 0.1	38.2	+ 0.1	44.1	+ 0.4	53.0	+ 1.2
1986	39.4	+ 0.1	38.3	+ 0.1	38.2	- 0.1	38.4	+ 0.2	46.1	+ 2.1	50.0	- 3.0
1987	39.5	+ 0.1	38.6	+ 0.2	38.4	+ 0.2	38.6	+ 0.3	45.8	- 0.4	48.6	- 1.4
1988	39.7	+ 0.2	38.8	+ 0.2	38.6	+ 0.2	38.8	+ 0.2	45.6	- 0.1	47.9	- 0.7

¹⁾ 1987 vorläufig

1988 mittlere Variante der kurzfristigen Arbeitsmarktvorausschau des IAB

Tabelle 3: Zugänge in Arbeitslosigkeit

Zugänge insgesamt		davon vorher									
		erwerbstätig (einschl. betriebliche Ausbildung)		davon				nicht erwerbstätig		darunter in schulischer Ausbildung	
				erwerbstätig (ohne betriebliche Ausbildung)		in betrieblicher Ausbildung					
Fälle in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in %	Fälle in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in %	Fälle in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in %	Fälle in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in %	Fälle in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in %	Fälle in 1000	Veränd. gegen Vorjahr in %

Tabelle 3a: Männer und Frauen

1969	1369.4
1970	1295.7	- 5.4
1971	1563.1	+ 20.6
1972	1662.4	+ 6.4
1973	1877.1	+ 12.9
1974	2795.2	+ 48.9	2375.6	419.7	.	.	.
1975	3450.3	+ 23.4	2829.6	+ 19.1	620.7	+ 47.9	.	.
1976	3255.5	- 5.6	2541.1	- 10.2	714.5	+ 15.1	.	.
1977	3315.0	+ 1.8	2604.6	+ 2.5	710.4	- 0.6	.	.
1978	3080.6	- 7.1	2366.0	- 9.2	714.6	+ 0.6	.	.
1979	2843.7	- 7.7	2153.0	- 9.0	690.7	- 3.3	.	.
1980	3084.1	+ 8.5	2347.2	+ 9.0	736.9	+ 6.7	.	.
1981	3531.0	+ 14.5	2740.5	+ 16.8	790.5	+ 7.3	.	.
1982	3706.7	+ 5.0	2914.8	+ 6.4	2833.7	.	81.1	.	791.9	+ 0.2	187.9	.
1983	3704.2	- 0.1	2817.6	- 3.3	2698.3	- 4.8	119.4	+ 47.2	886.6	+ 12.0	216.9	+ 15.4
1984	3672.8	- 0.8	2747.8	- 2.5	2612.2	- 3.2	135.6	+ 13.6	925.0	+ 4.3	217.2	+ 0.2
1985	3750.2	+ 2.1	2803.2	+ 2.0	2658.6	+ 1.8	144.6	+ 6.7	947.0	+ 2.4	224.2	+ 3.2
1986	3637.3	- 3.0	2698.2	- 3.7	2553.5	- 4.0	144.7	+ 0.1	939.0	- 0.8	219.9	- 1.9

Tabelle 3b: Männer und Frauen – Anteile an allen Zugängen in %

1975	100.0	.	82.0	- 3.0	18.0	+ 3.0	.	.
1976	100.0	.	78.1	- 4.0	21.9	+ 4.0	.	.
1977	100.0	.	78.6	+ 0.5	21.4	- 0.5	.	.
1978	100.0	.	76.8	- 1.8	23.2	+ 1.8	.	.
1979	100.0	.	75.7	- 1.1	24.3	+ 1.1	.	.
1980	100.0	.	76.1	+ 0.4	23.9	- 0.4	.	.
1981	100.0	.	77.6	+ 1.5	22.4	- 1.5	.	.
1982	100.0	.	78.6	+ 1.0	76.4	.	2.2	.	21.4	- 1.0	5.1	.
1983	100.0	.	76.1	- 2.6	72.8	- 3.6	3.2	+ 1.0	23.9	+ 2.6	5.9	+ 0.8
1984	100.0	.	74.8	- 1.3	71.1	- 1.7	3.7	+ 0.5	25.2	+ 1.3	5.9	+ 0.1
1985	100.0	.	74.7	- 0.1	70.9	- 0.2	3.9	+ 0.2	25.3	+ 0.1	6.0	+ 0.1
1986	100.0	.	74.2	- 0.6	70.2	- 0.7	4.0	+ 0.1	25.8	+ 0.6	6.0	+ 0.1

Tabelle 3c: Männer – Anteile an allen Zugängen in %

1975	100.0	.	83.6	- 3.1	16.4	+ 3.1	.	.
1976	100.0	.	79.8	- 3.8	20.2	+ 3.8	.	.
1977	100.0	.	80.2	+ 0.3	19.8	- 0.3	.	.
1978	100.0	.	78.1	- 2.1	21.9	+ 2.1	.	.
1979	100.0	.	77.0	- 1.0	23.0	+ 1.0	.	.
1980	100.0	.	77.5	+ 0.5	22.5	- 0.5	.	.
1981	100.0	.	79.4	+ 1.9	20.6	- 1.9	.	.
1982	100.0	.	80.6	+ 1.2	70.7	.	1.9	.	19.4	- 1.2	4.5	.
1983	100.0	.	78.2	- 2.4	75.3	- 3.4	2.8	+ 0.9	21.8	+ 2.4	5.2	+ 0.8
1984	100.0	.	77.3	- 0.9	74.1	- 1.3	3.2	+ 0.4	22.7	+ 0.9	5.2	- 0.1
1985	100.0	.	77.6	+ 0.3	74.3	+ 0.3	3.3	.	22.4	- 0.3	5.1	- 0.1
1986	100.0	.	76.8	- 0.8	73.4	- 0.9	3.3	+ 0.1	23.2	+ 0.8	5.2	+ 0.1

Tabelle 3d: Frauen – Anteile an allen Zugängen in %

1975	100.0	.	79.4	- 2.6	20.6	+ 2.6	.	.
1976	100.0	.	75.5	- 3.9	24.5	+ 3.9	.	.
1977	100.0	.	76.3	+ 0.8	23.7	- 0.8	.	.
1978	100.0	.	75.1	- 1.2	24.9	+ 1.2	.	.
1979	100.0	.	74.0	- 1.1	26.0	+ 1.1	.	.
1980	100.0	.	74.2	+ 0.2	25.8	- 0.2	.	.
1981	100.0	.	74.9	+ 0.7	25.1	- 0.7	.	.
1982	100.0	.	75.5	+ 0.6	72.9	.	2.6	.	24.5	- 0.6	6.0	.
1983	100.0	.	72.7	- 2.8	68.9	- 4.0	3.8	+ 1.2	27.3	+ 2.8	6.8	+ 0.8
1984	100.0	.	70.9	- 1.8	66.5	- 2.4	4.4	+ 0.6	29.1	+ 1.8	7.1	+ 0.2
1985	100.0	.	70.3	- 0.6	65.5	- 1.0	4.8	+ 0.4	29.7	+ 0.6	7.4	+ 0.3
1986	100.0	.	70.2	.	65.3	- 0.2	4.9	+ 0.1	29.8	.	7.3	- 0.1

Die Zugangsstruktur wird in der vollen Auffächerung erst ab 1982 erhoben.
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Monatsstatistik, kumulierte Jahreszahlen.

Tabelle 4: Zugänge in Arbeitslosigkeit nach Erwerbsstatus vor der Arbeitslosigkeit (laut Strukturerhebung im Mai/Juni eines jeden Jahres)

Tabelle 4a: Absolutwerte

	Vor Zugang in Arbeitslosigkeit ...									
	abhängig be- schäftigt (o. ABM)	in be- trieb- l. Ausbil- dung	in ABM	Sonstige Erwerbs- tätigkeit	6 Monate und länger unter- brochen	in schul. Ausbil- dung	Sonstiges	Zusammen	darunter	
									Erwerbs- tätigkeit	unter- brochen / Sonstiges

Deutsche und Ausländer

Insgesamt	1982	69579	3138	933	1726	9170	4267	2102	90915	75376	11272
	1983	67025	4867	644	2120	10967	5357	3022	94002	74656	13989
	1984	61695	4314	1257	2439	10740	6198	4178	90821	69705	14918
	1985	60445	9488	1944	2493	11235	8098	5144	98847	74370	16379
	1986	56757	5433	2014	2559	10772	7005	5228	89768	66763	16000
Männer	1982	41767	1604	635	1323	5095	2255	1020	53699	45329	6115
	1983	40302	2460	479	1505	6063	2888	1485	55182	44746	7548
	1984	37540	2074	991	1844	5917	3577	2131	54074	42449	8048
	1985	35959	4224	1438	1770	6076	4738	2581	56786	43391	8657
	1986	32309	2464	1497	1852	5736	3830	2722	50410	38122	8458
Frauen	1982	27812	1543	298	403	4075	2012	1082	37216	30047	5157
	1983	26723	2407	165	615	4904	2469	1537	38820	29910	6441
	1984	24155	2240	266	595	4823	2621	2047	36747	27256	6870
	1985	24486	5264	506	723	5159	3360	2563	42061	30979	7722
	1986	24448	2969	517	707	5036	3175	2506	39358	28641	7542

Deutsche

Insgesamt	1982	60174	3038	889	1574	7865	3906	1595	79041	65675	9460
	1983	58269	4727	601	1920	9396	4911	2265	82089	65517	11661
	1984	53194	4151	1189	2255	9303	5683	3427	79202	60789	12730
	1985	53683	9159	1808	2313	9766	7388	4410	88527	66963	14176
	1986	50301	5246	1885	2347	9381	6551	4438	80149	59779	13819
Männer	1982	35309	1534	604	1202	4300	2026	720	45695	38649	5020
	1983	34375	2351	445	1354	5088	2617	1011	47241	38525	6099
	1984	31504	1961	927	1696	5048	3240	1706	46082	36088	6754
	1985	31291	4000	1323	1628	5177	4276	2168	49863	38242	7345
	1986	28037	2330	1386	1694	4891	3561	2259	44158	33447	7150
Frauen	1982	24865	1504	285	372	3565	1880	875	33346	27026	4440
	1983	23894	2376	156	566	4308	2294	1254	34848	26992	5562
	1984	21690	2190	262	559	4255	2443	1721	33120	24701	5976
	1985	22392	5159	485	685	4589	3112	2242	38664	28721	6831
	1986	22264	2916	499	653	4490	2990	2179	35991	26332	6669

Tabelle 4b: Zugangsstruktur in %

Deutsche und Ausländer

Insgesamt	1982	76.5	3.5	1.0	1.9	10.1	4.7	2.3	100	82.9	12.4
	1983	71.3	5.2	0.7	2.3	11.7	5.7	3.2	100	79.4	14.9
	1984	67.9	4.8	1.4	2.7	11.8	6.8	4.6	100	76.7	16.4
	1985	61.2	9.6	2.0	2.5	11.4	8.2	5.2	100	75.2	16.6
	1986	63.2	6.1	2.2	2.9	12.0	7.8	5.8	100	74.4	17.8
Männer	1982	77.8	3.0	1.2	2.5	9.5	4.2	1.9	100	84.4	11.4
	1983	73.0	4.5	0.9	2.7	11.0	5.2	2.7	100	81.1	13.7
	1984	69.4	3.8	1.8	3.4	10.9	6.6	3.9	100	78.5	14.9
	1985	63.3	7.4	2.5	3.1	10.7	8.3	4.5	100	76.4	15.2
	1986	64.1	4.9	3.0	3.7	11.4	7.6	5.4	100	75.6	16.8
Frauen	1982	74.7	4.1	0.8	1.1	10.9	5.4	2.9	100	80.7	13.9
	1983	68.8	6.2	0.4	1.6	12.6	6.4	4.0	100	77.0	16.6
	1984	65.7	6.1	0.7	1.6	13.1	7.1	5.6	100	74.2	18.7
	1985	59.4	12.5	1.2	1.7	12.3	8.0	6.1	100	73.7	18.4
	1986	63.4	7.5	1.3	1.8	12.8	8.1	6.4	100	72.8	19.2

Deutsche

Insgesamt	1982	76.1	3.8	1.1	2.0	10.0	4.9	2.0	100	83.1	12.0
	1983	71.0	5.8	0.7	2.3	11.4	6.0	2.8	100	79.8	14.2
	1984	67.2	5.2	1.5	2.8	11.7	7.2	4.3	100	76.8	16.1
	1985	60.6	10.3	2.0	2.6	11.0	8.3	5.0	100	75.6	16.0
	1986	62.8	6.5	2.4	2.9	11.7	8.2	5.5	100	74.6	17.2
Männer	1982	77.3	3.4	1.3	2.6	9.4	4.4	1.6	100	84.6	11.0
	1983	72.8	5.0	0.9	2.9	10.8	5.5	2.1	100	81.5	12.9
	1984	68.4	4.3	2.0	3.7	11.0	7.0	3.7	100	78.3	14.7
	1985	62.8	8.0	2.7	3.3	10.4	8.6	4.3	100	76.7	14.7
	1986	63.5	5.3	3.1	3.8	11.1	8.1	5.1	100	75.7	16.2
Frauen	1982	74.6	4.5	0.9	1.1	10.7	5.6	2.6	100	81.0	13.3
	1983	68.6	6.8	0.4	1.6	12.4	6.6	3.6	100	77.5	16.0
	1984	65.5	6.6	0.8	1.7	12.8	7.4	5.2	100	74.6	18.0
	1985	57.9	13.3	1.3	1.8	11.9	8.0	5.8	100	74.3	17.7
	1986	61.9	8.1	1.4	1.8	12.5	8.3	6.1	100	73.2	18.5

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 5: Arbeitslos gemeldete und nicht gemeldete arbeitssuchende Frauen, sowie nicht erwerbstätige Frauen insgesamt nach ausgewählten familien- und berufsbezogenen Merkmalen

	Nicht erwerbstätig, zur Zeit oder in den letzten 12 Monaten Arbeit gesucht		Nicht erwerbstätige Frauen insgesamt
	z. Z. arbeitslos gemeldet	z. Z. nicht arbeitslos gemeldet	
Zahl der Fälle	250 (= 100%)	299 (= 100%)	3031 (= 100%)
Ledig	31	12	7
Verheiratet	60	77	84
Verheiratet, 45 Jahre oder älter	18	26	42
Kinder im Haushalt	38	61	64
Volkshochschule/Hauptschule	73	78	78
Betriebliche Ausbildung/Lehre	48	40	40
Keine Berufsausbildung	45	52	52
Mit berufstätigem Partner	57	68	71
Selbst zuletzt als ungelernte Arbeiterin/Hilfsarbeiterin tätig*)	28	39	31
Zuletzt Teilzeitarbeit*)	15	24	17
Wunsch nach Teilzeitarbeit	25	57	·
Letzte Arbeitsstelle selbst gekündigt*)	29	63	76
Arbeitsuche 1 Jahr oder länger	33	41	·
Bewerbung 5× oder häufiger	51	30	·
War zuvor beim Arbeitsamt gemeldet	·	23	·

*) Nur wenn früher erwerbstätig

Tabelle 6: Arbeitslos gemeldete und nicht gemeldete arbeitssuchende Frauen, sowie nicht erwerbstätige Frauen insgesamt, nach Gründen für die Unterbrechung der Berufstätigkeit, in %, Mehrfachnennungen – Nur, wenn früher berufstätig -

Anteil „trifft völlig zu“ ¹⁾	Nicht erwerbstätig, zur Zeit oder in den letzten 12 Monaten Arbeit gesucht		Nicht erwerbstätige Frauen insgesamt
	z. Z. arbeitslos gemeldet	z. Z. nicht arbeitslos gemeldet	
Zahl der Fälle	201 (= 100%)	246 (= 100%)	2247 (= 100%)
Mein Verdienst war nicht mehr notwendig	3	3	10
Haushalt lastete mich aus	9	21	38
Berufliche Tätigkeit machte mir keine Freude mehr	5	6	7
Kinder brauchten mich	26	61	69
Andere Personen im Haushalt brauchten mich	8	19	26
Aus gesundheitlichen Gründen Berufstätigkeit unterbrochen/ aufgegeben	7	10	10
Mein Mann war gegen Berufstätigkeit	5	5	13
Ich wollte mich weiterbilden, weitere Ausbildung machen	2	5	2
Wir sind umgezogen, ich hätte die Stelle wechseln müssen	5	5	7
die Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert	15	13	7

¹⁾ weitere Vorgaben: „trifft teilweise zu“, „trifft nicht zu“

Tabelle 7: Arbeitslos gemeldete und nicht gemeldete arbeitssuchende Frauen nach dem Hauptgrund für den Wunsch, berufstätig werden zu wollen (zum Vergleich: Alle erwerbstätigen

Hauptgrund	Nicht erwerbstätig, zur Zeit oder in den letzten 12 Monaten Arbeit gesucht		Zum Vergleich: Erwerbstätige Frauen insgesamt
	z. Z. arbeitslos gemeldet	z. Z. nicht arbeitslos gemeldet	
Ich muß zum Lebensunterhalt beitragen, mir den Lebensunterhalt verdienen	36	23	28
Wir möchten uns mehr leisten können	13	16	11
Berufliche Tätigkeit macht mir Freude	8	8	14
Ich bin gerne im Beruf mit anderen Menschen zusammen	4	11	7
Hausarbeit allein füllt mich nicht aus	6	11	5
Möchte meinen erlernten Beruf auch ausüben	7	3	4
Will für meine Rente vorsorgen	8	6	11
Werde dadurch unabhängig/selbständig	8	6	7
Ich würde sonst den fachlichen Anschluß verlieren	1	1	1
Ich werde im eigenen Betrieb (Familienbetrieb) gebraucht	·	·	7
Bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit kann man seinen Arbeitsplatz nicht aufgeben	·	·	2
Keine Angabe	8	15	4
Summe	100	100	100
Zahl der Fälle	250	299	5989